

### Über Hayek und Keynes, spontane Ordnung und die Möglichkeit erfolgreicher Nachfragesteuerung - Versuch einer Teil-Synthese

Kroll, Matthias

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kroll, M. (2013). *Über Hayek und Keynes, spontane Ordnung und die Möglichkeit erfolgreicher Nachfragesteuerung - Versuch einer Teil-Synthese*. (ZÖSS Discussion Paper, 36). Hamburg: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialökonomie, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59847-6>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Matthias Kroll

**Über Hayek und Keynes, spontane  
Ordnung und die Möglichkeit  
erfolgreicher Nachfragesteuerung  
Versuch einer Teil-Synthese**

.....  
**ZÖSS**  
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE  
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

Discussion Papers

ISSN 1868-4947/37

Discussion Papers

Hamburg 2013



# **Über Hayek und Keynes, spontane Ordnung und die Möglichkeit erfolgreicher Nachfragesteuerung**

**- Versuch einer Teil-Synthese -**

Matthias Kroll

Discussion Paper  
ISSN 1868-4947/37  
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien  
Universität Hamburg  
Juni 2013

## **Impressum:**

Die Discussion Papers werden vom Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien veröffentlicht. Sie umfassen Beiträge von am Fachbereich Sozialökonomie Lehrenden, NachwuchswissenschaftlerInnen sowie Gast-ReferentInnen zu transdisziplinären Fragestellungen.

## **Herausgeber/Redaktion:**

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)  
Kathrin.Deumelandt@wiso.uni-hamburg.de  
Fachbereich Sozialökonomie  
Universität Hamburg – Fakultät WISO  
Welckerstr. 8  
D – 20354 Hamburg

Download der vollständigen Discussion Papers:  
<http://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/forschung/zoess/publikationen/discussion-papers/>

## 1. Einleitung

Der Crash im internationalen Bankensektor hat den Neoliberalismus mit seiner Idee freier und sich selbstregulierender Finanzmärkte vor ein nachhaltiges Legitimationsproblem gestellt. Während der Hochphase der Krise waren auch seine einst größten politischen Befürworter gezwungen, für keynesianisch inspirierte Ausgabenprogramme zu stimmen und zumindest der Rhetorik nach für strengere Regeln auf den Finanzmärkten einzutreten (ob und wieweit solche Regeln tatsächlich umgesetzt werden, steht hier nach wie vor auf einem anderen Blatt).

Tatsächlich war es, neben der Verfügbarmachung von billiger Liquidität durch die Zentralbanken, die Anwendung des lange verteuerten Instruments staatlicher Nachfragepolitik, die dafür sorgte, dass sich die Weltwirtschaft langsam wieder stabilisierte und nicht in einer globalen Depression endete. Trotz dieser Erfolge sind heute die klassischen neoliberalen Abwehrreflexe gegen die Fortführung einer expansiven Fiskalpolitik wieder in der Mehrheit.

Dies zeigt sich insbesondere darin, dass die negativen Folgen, die die Finanzkrise für den Euroraum hatte, hauptsächlich in den hohen Staatsschulden gesehen werden, obwohl ein erheblicher Teil der Schulden erst durch die Rettung des Finanzsystems entstanden war. Auch wenn diese Umdeutung zu einem großen Teil ideologisch und politisch motiviert ist, gibt es doch auch einen Teil, der seine Erklärung in der herrschenden neoliberal/neo-klassischen Wirtschaftstheorie findet.

Diese Wirtschaftstheorie geht nach wie vor davon aus, dass eine staatlich induzierte Nachfragepolitik einen zu großen und regelmäßig negativen politischen Einfluss auf den Wirtschaftsprozess hat. Insbesondere vor einer ökonomischen Ineffizienz staatlichen Handelns und drohenden Wettbewerbsverzerrungen auf den Märkten wird dabei immer wieder gewarnt.

Aber ist diese pauschale Angst vor jeder Form staatlicher Nachfragepolitik wirklich berechtigt? Oder ist es doch möglich, eine Nachfragepolitik zu entwickeln, die mit den ökonomischen Grundaussagen der neoliberalen Theorie in Einklang gebracht werden kann? Zu klären ist, ob es gelingen kann, die Effizienzvorteile einer dezentralen Marktregulierung zu erhalten und gleichzeitig ein staatliches Rahmenwerk zu errichten, welches den demokratisch legitimierte Regierungen erlaubt, den Wirtschaftsprozess mittels einer Nachfragepolitik zu stabilisieren und das Wachstumspotential auszuschöpfen.

Hier liegt es nahe, die beiden Hauptprotagonisten der jeweiligen Wirtschaftsrichtungen – Friedrich August Hayek als maßgeblicher Erfinder des Neoliberalismus und John Maynard Keynes als entscheidender Wegbereiter einer staatlichen Nachfragesteuerung - daraufhin zu untersuchen, ob sich im Lichte der heutigen Lage nicht Übereinstimmungen finden lassen, die eine Synthese beider Ansätze möglich macht.

Nun mag der Versuch, ausgerechnet zwischen Keynes und Hayek eine Synthese zu Wege bringen zu wollen, erscheinen, wie das Vorhaben, Feuer und Wasser zu vereinen. Auf der einen Seite die Überzeugung der Notwendigkeit von staatlichen Eingriffen und auf der anderen Seite der Glaube, dass am Ende nur das absolut freie Spiel der Marktkräfte zu einer Fortentwicklung der Wirtschaft führt und jedes staatliche Eingreifen in den Marktprozess von Übel ist.

Macht man sich jedoch die Mühe, die jeweils zentralen theoretischen Aussagen herauszufiltern und aus ihren historischen Bedingtheiten zu lösen, ergibt sich ein wesentlich differenzierteres Bild. Wenn auch nicht wegdiskutiert werden kann und soll, dass zwischen beiden

Protagonisten vielfältige und bedeutsame Unterschiede bestehen und bestehen bleiben, soll hier dennoch gezeigt werden, dass bei einer zeitgemäßen Interpretation beider Theorieansätze der keynesianische Gedanke der staatlichen Nachfragesteuerung mit der hayek'schen Idee der spontanen Ordnung in Einklang gebracht werden kann.

Der Ansatz, gerade aus Hayek und Keynes eine Synthese zu erarbeiten, ist aber noch aus einem anderen Grund interessant. Denn beide haben in ihrem theoretischen Werk mit der neoklassischen Theorie gebrochen. Dies sollte wissenschaftlicher Ansporn sein. Denn auch die neoklassische Annahme von effizienten Märkten, die alles wieder ins Gleichgewicht bringen, wurde durch die aktuelle Krise in ihren Grundfesten erschüttert und sollte endlich überwunden werden.

## **2. Die historischen Bedingtheiten der Biographien**

Es ist fast schon ein Allgemeinplatz festzustellen, dass wohl alle Aussagen bedeutender Theoretiker nur im historischen Kontext und der jeweiligen biographischen Verstrickung in eben diesen in ihrer vollen Bedeutung zu erfassen sind. Auch Hayek und Keynes bilden hier keine Ausnahme.

### **2.1. Historische Bedingtheiten bei Hayek**

Die historischen Bedingtheiten, die Hayeks Leben bestimmt haben, hat sein Biograph Hans Jörg Hennecke sehr prägnant so zusammengefasst:

*„Für den im letzten Jahr des 19. Jahrhunderts geborenen Liberalen ist das 20. Jahrhundert ein Zeitalter des Niedergangs seiner Ideale und der elementaren Bedrohung der moralischen Grundlagen der westlichen Zivilisation durch einen Sozialismus, der sich in verschiedenen Spielarten zum Totalitarismus ausgewachsen hat. Innerlich dem aristokratisch-liberalen Politikverständnis eines Edmund Burke, Alexis de Tocqueville oder Lord Acton zuneigend, sieht Hayek den von ihm verfochtenen klassischen Liberalismus zeitlebens in der Defensive gegenüber den modernen Zwillungstendenzen der Massendemokratie und des Wohlfahrtsstaates.“<sup>1</sup>*

Friedrich August von Hayek wuchs in einer Familie auf, die im Wiener Bildungsbürgertum gut vernetzt war. Der Adelstitel der Familie war Hayeks Urgroßvater nur wenige Wochen vor der französischen Revolution von Kaiser Joseph II verliehen worden. Nicht ohne Stolz bezeichnete ihn Hayek daher auch als letzten Adelstitel, der noch etwas bedeutet.<sup>2</sup>

Nach zweijährigem Kriegseinsatz (1917 - 1918) im 1. Weltkrieg<sup>3</sup> studierte Hayek Jura und Wirtschaftswissenschaften und sympathisierte zunächst mit sozialistischem Gedankengut und planwirtschaftlichen Elementen.<sup>4</sup> Durch den Kontakt mit von Mises, der in seinem Werk „Die Gemeinwirtschaft“<sup>5</sup> die Unmöglichkeit einer ökonomisch sinnvollen Preisbildung in einer Planwirtschaft behauptete, wurde Hayek jedoch bald zu einem radikalen Befürworter einer absolut freien Marktwirtschaft. Die Begegnung mit von Mises sollte für Hayek zum lange

---

<sup>1</sup> Hennecke, Hans Jörg; Friedrich August von Hayek, Düsseldorf, 2000, S. 15.

<sup>2</sup> Vgl. Ebenda, S. 27.

<sup>3</sup> Vgl. Ebenda, S. 35 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August; Markt, Plan, Freiheit; Franz Kreuzer im Gespräch mit Friedrich August von Hayek und Ralf Dahrendorf Wien, 1983, S. 14. Zitiert in: Nordmann, Jürgen; Der lange Weg zum Neoliberalismus, Hamburg, 2005, S. 62 f.

<sup>5</sup> Vgl. Mises, Ludwig von; Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena, 1922.

prägenden Schlüsselerlebnis werden. Sowohl in seiner Zeit als erstem Sekretär des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung (ab 1927), welches von von Mises gegründet worden war, als auch ab 1932 bei der London School of Economics (LSE) lehnte er selbst kleinste lenkende Eingriffe in den Marktprozess als fatalen Einstieg in die Planwirtschaft ab.

Die aus der historischen Situation zu erklärende Angst Hayeks vor dem planenden Staat lässt sich grob in drei Etappen unterteilen. Da ist zunächst die Situation des sozialdemokratisch regierten „roten Wiens“, auf dessen kommunale Wirtschaftspolitik Hayek nach seinem Erweckungserlebnis durch die Lektüre von von Mises Buch „Die Gemeinwirtschaft“, entschieden ablehnend reagiert.<sup>6</sup>

Als zweite Etappe lässt sich der Zeitraum nach der Weltwirtschaftskrise ausmachen. Hayek – mittlerweile an die LSE berufen und dort zu einiger Bekanntheit gelangt – sah sich hier gezwungen, der durch Keynes zunehmend interventionistisch geprägten Grundstimmung entgegenzutreten. Da ihm dies aber zusehends weniger gelang und er mit seiner kompromisslosen Position – entweder freier Markt oder Unfreiheit und Zwangswirtschaft, die jede Form eines dritten Weges ablehnte – immer mehr in die Isolation geriet, wandte er sich ab Mitte der 30er Jahre zunächst von rein wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung ab und eher erkenntnistheoretischer Forschung zu. Dies geschah auch, damit ein eigenes, unverwechselbares Profil des Neoliberalismus überhaupt erst sichtbar werden konnte. Hierbei wagte es Hayek auch, sich von der neoklassischen Gleichgewichtslehre und von von Mises abzusetzen.<sup>7</sup> In seinem Aufsatz „Economics and Knowledge“ kritisierte Hayek nicht nur die unzureichenden Wissensbedingungen einer sozialistischen Planwirtschaft, sondern kam auch zu dem Ergebnis, dass die Gleichgewichtsvorstellungen des Marktes (wie sie die Neoklassik unterstellt) abzulehnen seien.<sup>8</sup> Hier lassen sich schon die Grundzüge seiner späteren Ideen der spontanen Ordnung erkennen. Interessant ist, dass dieser Aufsatz, der von Hayek selbst als eine seiner wichtigsten und originellsten Leistungen zur ökonomischen Theorie betrachtet wurde,<sup>9</sup> genau wie Keynes Allgemeine Theorie, 1936 erschien. Und auch Hayeks Arbeit ging ein „long struggle of escape“ aus der neoklassischen Gleichgewichtslehre voraus.

Die dritte Etappe von Hayeks ideologischem Kampf gegen den planenden Staat resultiert aus der Angst, der Westen könne mit seiner stark regulierten Kriegswirtschaft auch in Friedenszeiten fortfahren. Maßgeblich ausgelöst wurde diese durch den im Dezember 1942 erschienenen Beveridge Report, der weitreichende Vorschläge zum Sozialstaat der Nachkriegszeit enthielt und das Versprechen abgab, Vollbeschäftigung durch Staatsinterventionen und gelenkte Investitionen zu gewährleisten.<sup>10</sup> Es kann als sicher angenommen werden, dass das Unbehagen an dem wohlfahrtsstaatlichen Konzept des Beveridge Reports Hayek wesentlich zu seinem Werk „Der Weg zur Knechtschaft“ motiviert hat.<sup>11</sup> In diesem Buch vertritt Hayek seine Thesen über die Unvermeidbarkeit eines Abrutschens in Diktatur und Planwirtschaft durch jede Form stattdessen Eingreifens in die Wirtschaft in plakativer Schwarzweißmalerei.<sup>12</sup>

Eine weitere wichtige historische Bedingtheit von Hayeks Werk liegt darin, dass während eines bedeutenden Teils seiner Schaffenszeit (ab etwa Mitte der dreißiger bis Mitte der

---

<sup>6</sup> Vgl. Nordmann, Jürgen; Der lange Marsch zum Neoliberalismus, Hamburg, 2005, S. 73 f.

<sup>7</sup> Vgl. Ebenda, S. 145 ff.

<sup>8</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August; Economics and Knowledge, in: The Economic Journal; 46, (1936), S. 49-77, (deutsch: Wirtschaftstheorie und Wissen, Tübingen, 2007, S. 137-158).

<sup>9</sup> Vgl. Hennecke, Hans Jörg; a.a.O., S. 134.

<sup>10</sup> Vgl. Nordmann, Jürgen, a.a.O., S. 185 ff.

<sup>11</sup> Vgl. Hennecke, Hans Jörg; a.a.O.; S. 103.

<sup>12</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August; Der Weg zur Knechtschaft, Zürich, 1972, (zuerst 1944).



siebziger Jahre) tatsächlich in vielen Industriestaaten weitgehend Vollbeschäftigung herrschte.<sup>13</sup> So konnte Hayek 1963 behaupten:

*„Der Fall vollkommener Unterbeschäftigung, in dem ungenützte Reserven aller Arten von Produktionsmitteln vorhanden sind und daher die Produktion von Realkapital gesteigert werden kann, ohne die Konsumgüterproduktion einzuschränken, ist aber, obwohl sich die ganze keynessche Theorie auf diese Ausnahme aufbaut, eine seltene Ausnahme. Im Ganzen, gilt sicher die Regel, dass jeder Kapitalaufbau Konsumverzicht voraussetzt und in dem uns heute so vertrauten Zustand der Vollbeschäftigung gilt es in besonderem Ausmaß.“<sup>14</sup>*

Hayeks regelmäßige Annahme von der Vollausslastung der Produktionsfaktoren hatte somit zumindest zeitweise einen gewissen empirischen Gehalt.

Hayek befindet sich aus seiner Sicht fast während seines gesamten Lebens in der politischen Defensive: erst ist sein adeliger bzw. gehobener bürgerlicher Stand latent vom roten Wien bedroht. Dann muss er sich in London bei der LSE gegen Keynes und den staatsinterventionistischen Zeitgeist nach der Weltwirtschaftskrise verteidigen, um schließlich befürchten zu müssen, dass auch nach Kriegsende eine Politik des Wohlfahrtsstaates und einer staatlichen Investitionslenkung fortgeführt wird.

Hayeks Wirken ist geprägt von einem defensiv ausgerichteten Kampf gegen Sozialisten und Keynesianismus, indem er sich primär an der Negation der Entwürfe seiner Gegner abarbeitet.<sup>15</sup> Vor diesem Hintergrund ist seine ständige Dramatisierung auch kleinster staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsprozess (weil diese unweigerlich in einer totalen Zentralverwaltungswirtschaft enden müssten) auch als taktische Attitüde zu verstehen.<sup>16</sup> Differenzierter argumentiert Hayek in seinen späteren Schriften, wo er, in Überwindung der neoklassischen Gleichgewichtslehre - seine Theorie der spontanen Ordnung und der Signalfunktion der Preise entwickelt. So gesteht er zu, dass bei nicht Vollausslastung der Produktionsfaktoren zusätzliche Nachfrage, zumindest teilweise, durchaus sinnvoll ist und die Möglichkeit besteht, dass die Produktion von Konsum- und Kapitalgütern gleichzeitig erhöht werden kann.<sup>17</sup>

Eine Politik der Investitionslenkung und staatlicher Preissetzung lehnte er dagegen weiter ab, da diese die ökonomische Funktionsweise der spontanen Ordnung und der Signalfunktion der Preise bedrohe. Und genau diese wurden zum Kern der ökonomischen Theorie des späten Hayek.

---

<sup>13</sup> Zunächst aufgrund der kriegsbedingten Bewirtschaftung der Ökonomien und danach aufgrund des Wiederaufbaus und des nachholenden Konsums. Zur Vollbeschäftigung konnte dies aber nur führen, da es bei allen Regierungen der damaligen Zeit einen zumindest grundsätzlichen Konsens gab, volkswirtschaftliche Probleme mit dem keynesianischen Werkzeugkasten zu lösen.

<sup>14</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August; Alte Wahrheiten neue Irrtümer, in: ders.; Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, Tübingen, 2001, S. 108, (zuerst 1963).

<sup>15</sup> Vgl. Nordmann, Jürgen; a.a.O.; S. 307.

<sup>16</sup> Tatsächlich relativierte Hayek seine damaligen Aussagen, dass jeder staatliche Eingriff in den Wirtschaftsprozess unweigerlich zu einem totalitären System führen muss, indem er diese als eher pädagogisch motiviert darstellte. Vgl.: Hayek, F.A., Wirtschaftsfreiheit und repräsentative Demokratie, in: Hayek, F.A., Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, Tübingen, 2002, S. 178 (zuerst 1973).

<sup>17</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1974/75); Der Feldzug gegen die keynesianische Revolution, in: ders.; Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, Tübingen, 2001, S. 124 (zuerst 1974/75). Ebenso: Hayek, Friedrich August (1969a); persönliche Erinnerungen an Keynes, in: ders.; Freiburger Studien, Tübingen, 1969, S. 92.

## 2.2. Historische Bedingtheiten bei Keynes

Die theoretischen Erkenntnisse einer intellektuell so vielseitigen und schillernden Persönlichkeit wie Keynes aus den historischen Bedingtheiten erklären zu wollen, erscheint ambitioniert. Die Komplexität der Aufgabe lässt sich aber reduzieren, wenn man sich auf den Ökonomen Keynes konzentriert. Ähnlich Hayek entstammt Keynes (geb. 1883) dem gehobenen Bildungsbürgertum und wie Hayek hatte er es schon in relativ jungen Jahren als Ökonom zu einer gewissen Berühmtheit gebracht. Diese erlangte er durch sein Buch „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“,<sup>18</sup> in dem er seine Erfahrungen als Teilnehmer an den Versailler Friedensverhandlungen nach dem ersten Weltkrieg beschreibt und dessen dramatische Wirkungen vorhersagt. Ein weiteres prägendes Erlebnis war sein vergebliches Eintreten gegen die Wiedereinführung des Goldstandards. Auf die dann 1925 von Churchill durchgesetzte Rückkehr zum Goldstandard, die wesentlich für die folgenden ökonomischen Schwierigkeiten Großbritanniens verantwortlich war, reagierte er mit einer scharfen Streitschrift.<sup>19</sup> Generell waren die zwanziger Jahre geprägt von einer Politik, die mit den Mitteln des Laissez Faire auch schon vor dem schwarzen Freitag im Oktober 1929 zusehends weniger in der Lage war, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen.<sup>20</sup> So war es nicht verwunderlich, dass als Gegenbewegung die Idee, die Wirtschaft mittels Planung zu gestalten, immer mehr an Boden gewann.

Am wichtigsten war jedoch zweifellos die dramatische Erfahrung der Weltwirtschaftskrise, welche für Keynes die Bedeutung der effektiven Nachfrage und die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsprozess offensichtlich machte. Über die Unvermeidbarkeit von Planung äußerte sich Keynes 1932 in einem Radiobeitrag für die BBC folgendermaßen:

*„In Zeiten der Wirtschaftskrise erscheint das Paradox des Verhungerns inmitten der Fülle am deutlichsten und empörendsten. Aber ich bin der Überzeugung, dass wir unter einem chronischen Unvermögen leiden, die Möglichkeiten, die uns die technischen Kapazitäten zur Produktion materieller Güter bieten, in vollem Umfang auszuschöpfen. Diesem Unvermögen abzuhelpen ist das Problem der Planung. Ihre Aufgabe ist es jene Dinge zu tun, die der Einzelne aufgrund der Natur der Sache unmöglich versuchen kann. Dabei bedeutet die Einbringung der kollektiven Intelligenz und die Suche nach einem Platz für zentrale Übersicht innerhalb der Wirtschaftsordnung keineswegs, die Leistungen des einzelnen Kopfes oder des privaten Unternehmungsgeistes gering zu schätzen.“ (...) „Ihr Ziel ist es, die zentralen Steuerinstrumente in die Hand zu nehmen und sie mit überlegter Vorausschau einzusetzen, um auf diese Weise das Umfeld zu verändern und zu bestimmen, in dem der Einzelne frei mit anderen und gegen andere operiert.“<sup>21</sup>*

Dies ist nur ein Beleg, dass es Keynes immer um beides ging. Staatliche Planung dort, wo sie zur Aufrechterhaltung einer hinreichend großen Gesamtnachfrage unbedingt nötig ist und freies Unternehmertum an den Stellen, wo es seinen Beitrag zur effizienten Nutzung aller Ressourcen erbringen kann.

Die theoretische Verarbeitung der Erkenntnis, dass der Markt nicht, wie in der neoklassischen Theorie vorgesehen, von sich aus einen Weg zurück zur Vollbeschäftigung findet, erfolgte

<sup>18</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, München/Leipzig, 1921 (zuerst 1919).

<sup>19</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; Die wirtschaftlichen Folgen von Mr. Churchill, Tübingen, 1925.

<sup>20</sup> Vgl. Mattfeld, Harald; Keynes Kommentierte Werkauswahl, Hamburg, 1985, S. 65 ff.

<sup>21</sup> Keynes, John Maynard; Über staatliche Wirtschaftsplanung, in: Keynes, John Maynard; On Air, Hamburg, 2008, S. 99 ff. (Ausstrahlung der Sendung durch die BBC am 14. März 1932)

dann in der „General Theorie“ (GT) die 1936 erschien. Die wirtschaftstheoretischen Erörterungen in der GT waren auch der vorläufige Endpunkt einer Befreiung aus der neoklassischen Theorie, in der Keynes als Schüler von Marshall und Pigou erzogen worden war. Keynes benannte diesen Vorgang selbst im Vorwort der GT als „long struggle of escape.“<sup>22</sup> Dennoch war Keynes diese Flucht nicht so vollständig gelungen, dass es ihm gelang, ganz auf neoklassische Argumentationsmuster zu verzichten. Das führte dann in der weiteren Diskussion nicht nur zu der häufig gestellten Frage „What Keynes really means?“, sondern auch dazu, dass die IS/LM - Analyse und die neoklassische Synthese (obwohl nicht von Keynes entwickelt) nicht nur unter dem Label Keynesianismus laufen konnten, sondern sogar seine gängigen Interpretationen wurden.

Unglücklicherweise sorgte zunächst ein Herzinfarkt und bald darauf die beruflichen Belastungen im Dienste des Schatzamtes (in das Keynes nach Beginn des zweiten Weltkrieges gerufen war) dafür, dass Keynes selbst relativ wenig zur Interpretation seines Werkes der GT beigesteuert hat.<sup>23</sup> In seiner Tätigkeit für das Schatzamt verfasste Keynes dagegen sehr rasch eine Schrift (How to pay for the war), wo er, anders als in der GT, von den Problemen einer Volkswirtschaft ausgeht, deren Produktionsfaktoren durch die staatlich gelenkte Kriegswirtschaft voll ausgelastet sind.<sup>24</sup>

Später entwickelte Keynes dann einen Plan für die Architektur des Weltfinanzsystems nach dem zweiten Weltkrieg.<sup>25</sup> Dieser „Keynes Plan“ genannte Entwurf konnte sich dann auf der Konferenz von Bretton Woods (1944) jedoch nicht gegen die Interessen der neuen Weltwährungsmacht USA durchsetzen. Aber an den letzten beiden Beispielen zeigt sich, was Keynes besonders auszeichnete: Die Fähigkeit, aus theoretischer Analyse eine pragmatische Politik zu formulieren, die ganz auf das jeweilige Problem zugeschnitten ist.<sup>26</sup>

### 2.3. Zusammenfassung der historischen Bedingungen

Hayek und Keynes erlebten bei ähnlicher gesellschaftlicher Herkunft ein knappes Viertel Jahrhundert ihrer wissenschaftlichen Karriere parallel zueinander. Trotz ihrer theoretischen Differenzen kamen beide privat gut miteinander aus. Als die LSE kriegsbedingt von London nach Cambridge (1940-1944) verlegt wurde, ergab sich sogar ein freundschaftlicher Kontakt und beide frönten gemeinsam ihrer Leidenschaft für antiquarische Bücher.<sup>27</sup> Neben den Differenzen in ökonomischen Fragen, bleibt ein weiterer Unterschied festzuhalten: Während Hayek sein ganzes Leben lang affirmativ und redundant an der Idee des absolut freien Marktes festhält und damit die politische und ökonomische Interessenlage seiner adelig/bürgerlichen Herkunft nicht verlässt, gelingt Keynes genau dies. Auch wenn er sich zeitlebens als Liberaler bezeichnete und der Labour Partei reserviert gegenüberstand,<sup>28</sup> vermöchte er es

<sup>22</sup> Keynes, John Maynard; The General Theory of employment Interest and Money (GT), London, 1964, S. viii (zuerst 1936). Zur Zitierweise von Keynes General Theory (GT): Angegeben wird jeweils die Seite der deutschen 7. Auflage von 1994 (AT) und der englischen Ausgabe von 1964 (GT).

<sup>23</sup> Vgl. Moggridge, Donald E.; Keynes, London, 1976, S. 109 f. (deutsch, ders., München, 1977, S. 90 f.)

<sup>24</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; Collected Writings, Vol. XXII, London, 1978, S. 40 ff.

<sup>25</sup> Vgl. Bachmann, Hans; Die angelsächsischen Pläne für die Neuordnung des internationalen Zahlungsverkehrs, Keynes-Plan, White Plan, St. Gallen, 1943.

<sup>26</sup> Vgl. Skidelsky, Robert; Die Rückkehr des Meisters, Keynes für das 21. Jahrhundert, München, 2010, S. 96 f. (englisches Original: Keynes. The Return of the Master, London, 2009).

<sup>27</sup> Blomert, Reinhard; John Maynard Keynes, Reinbek bei Hamburg, 2007, S. 94. Sowie aus Sicht Hayeks: Hayek, Friedrich August, Persönliche Erinnerungen an Keynes, in: ders., Freiburger Studien, Tübingen, 1969, S. 90.

<sup>28</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; Bin ich ein Liberaler? In: ders., Politik und Wirtschaft, Tübingen, 1956, S. 246 ff. (zuerst 1925).

doch, von den Partikularinteressen seines Standes zu abstrahieren und für eine deutlich egalitärere Gesellschaft einzutreten.<sup>29</sup>

### 3. Die theoretischen Kerne

#### 3.1. Der theoretische Kern bei Hayek

Das Anliegen, bei Hayek „einen“ theoretischen Kern identifizieren zu wollen, steht - ähnlich wie im Falle Keynes - vor dem Problem der Vielfalt seines Werkes. Denn neben wirtschaftswissenschaftlichen Themen hat Hayek auch zahllose Fragen aus dem Bereich der Wissenschafts-, Rechts- und Staatstheorie bearbeitet. Dabei sind insbesondere seine verfassungsrechtlichen Vorstellungen problematisch und kaum mit den Prinzipien einer modernen parlamentarischen Demokratie in Einklang zu bringen.<sup>30</sup> Daher soll hier nur der theoretische Kern von Hayeks wirtschaftswissenschaftlichen Ansichten herausgearbeitet werden. Und dieser Kern besteht aus drei Grundannahmen:

- über den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren
- dem ökonomischen Prinzip der spontanen Ordnung mit Preisen als Signalen
- und der Idee des dezentralen Wissens.

Konstitutiv für Hayeks ökonomisches Denken sind dabei die methodologische Bevorzugung der Mikrotheorie und die Kritik an der Makrotheorie.<sup>31</sup> Aber damit allein ist Hayeks Theorie nicht zu erfassen. Um das Neue an Hayeks Arbeiten zu verstehen, ist es unabdingbar, sich seinen Bruch mit der neoklassischen Gleichgewichtslehre zu vergegenwärtigen. Denn ein finaler Gleichgewichtszustand, wie ihn die Neoklassik beschreibt, ist für Hayek gar nicht erstrebenswert. Denn dann wären eine spontane Ordnung und ein Wettbewerb als Entdeckungsverfahren nicht möglich.<sup>32</sup> Der Wettbewerb würde zum Stillstand kommen.<sup>33</sup> Ebenso passt der allwissende Auktionator, wie ihn das neoklassische Grundmodell vorsieht nicht zur Annahme des dezentral verstreuten Wissens.

Die Kritik an der Tautologie der Gleichgewichtslehre der Neoklassik wurde von Hayek schon 1936 zum ersten Mal angebracht:

*„Die Behauptung, dass die Menschen sich im Gleichgewicht befinden, wenn sie alles wissen, ist richtig, einfach, weil wir so das Gleichgewicht definieren. Die Annahme eines vollkommenen Marktes in diesem Sinn ist nur eine andere Ausdrucksweise dafür, dass Gleich-*

---

<sup>29</sup> Vgl. dazu insbesondere das 24. Kapitel der General Theory.

<sup>30</sup> Hayek sieht die Demokratie primär als Schutzinstrument der individuellen (Besitz)Rechte des Einzelnen gegenüber dem Staat. Ein Parlament, das mittels Umverteilung für mehr Gleichheit und soziale Gerechtigkeit sorgen kann, lehnt er als unbeschränkte Demokratie ab. Hayeks Misstrauen gegenüber der Macht der Volkssouveränität ließ ihn ein elitäres Gegenmodell entwickeln, in dem die Macht des demokratisch gewählten Parlaments stark beschränkt ist. Dafür sollte ein „Senat der Weisen“ den Hauptteil der politischen Macht ausüben. Vgl. Hayek, Friedrich August von (1967); Die Verfassung eines freien Staates, in: Hayek, F.A.; Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, Tübingen, 2002, S.148 (zuerst 1967, Referat vor der Mont Pelerin Society). Auch: Hayek; Friedrich August von (1977); Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, Tübingen, 1977, S. 14 ff.

<sup>31</sup> Die Makrotheorie ist für Hayek nur in wenigen Ausnahmesituationen gültig. Vgl. Hayek, Friedrich August (1969) Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, in: Freiburger Studien, Tübingen 1969, S. 250 ff.

<sup>32</sup> Vgl. Nordmann, Jürgen; a.a.O., S. 309.

<sup>33</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1969); a.a.O., S. 255 f.

*gewicht besteht, aber es bringt uns um nichts der Erklärung näher, wann und wie ein solcher Zustand zustande kommt.*<sup>34</sup>

Über dreißig Jahre später, bei der Ausarbeitung seiner Theorie zum Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, sieht sich Hayek gezwungen, seine Kritik an den Gleichgewichtsvorstellungen der Neoklassik noch einmal aufzunehmen und seine Argumentation zu konkretisieren:

*„Wir sind gewohnt, die Ordnung, die der Wettbewerb herführt, als ein Gleichgewicht zu bezeichnen – ein nicht sehr glücklicher Ausdruck, denn ein wirkliches Gleichgewicht setzt voraus, dass die relevanten Tatsachen schon entdeckt sind und der Prozess des Wettbewerbs daher zum Stillstand gekommen ist.“*<sup>35</sup>

*„Was ich gesagt habe, sollte aber ausreichen, um die Absurdität des gebräuchlichen Vorgehens aufzeigen, das von einer Situation ausgeht, in der alle wesentlichen Umstände als bekannt vorausgesetzt sind – einem Zustand, den die Theorie merkwürdigerweise vollkommenen Wettbewerb nennt, indem aber für die Tätigkeit, die wir Wettbewerb nennen, keine Gelegenheit mehr besteht, und von der vielmehr vorausgesetzt wird, dass sie ihre Funktion bereits erfüllt hat.“*<sup>36</sup>

und weiter schreibt Hayek:

*„...dass sich die Markttheorie oft den Zugang zu einem wirklichen Verständnis des Wettbewerbs damit verbaut, dass sie von der Annahme einer „gegebenen“ Menge knapper Güter ausgeht. Aber welche Güter knapp oder welche Dinge Güter sind, oder wie knapp oder wertvoll sie sind, ist gerade einer der Umstände, die der Wettbewerb entdecken soll: es sind jeweils die vorläufigen Ergebnisse des Marktprozesses, die den einzelnen sagen, wonach zu suchen es sich lohnt.“ (...) „Ihre Aufmerksamkeit wird von den Preisen gelenkt, die der Markt für die verschiedenen Güter und Dienste bietet.“*<sup>37</sup>

Der Markt ist für Hayek nichts Vollkommenes, da es kein vollkommenes Wissen gibt. Daher bleibt notwendigerweise immer ein gewisser Teil der Produktionsfaktoren ungenutzt d.h. es wird weniger produziert als produziert werden könnte. Wettbewerb als Entdeckungsverfahren und das Prinzip der spontanen Ordnung sind für Hayek Verfahren, die unter unzureichendem Gesamtwissen zumindest das verstreute, dezentrale Wissen der einzelnen Individuen optimal nutzen. Das Gesamtergebnis ist suboptimal im Vergleich mit einem Ergebnis bei vollkommenem Wissen, wie es in der Gleichgewichtstheorie der Neoklassik durch den allwissenden Auktionator erzielt wird.<sup>38</sup> Hayek selbst bezeichnet die Kosten des Entdeckungsverfahrens als beträchtlich, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass die Kosten nur im Vergleich mit einem unerreichbaren idealen Standard relevant sind. Im Vergleich mit jeder anderen bekannten Methode (insbesondere der einer zentralen Planungsbehörde) ist die Leistung des Marktes für Hayek dagegen sehr beträchtlich.<sup>39</sup>

<sup>34</sup> Hayek, Friedrich August (1936); Wirtschaftstheorie und Wissen, Tübingen, 2007 (zuerst 1936), S. 149.

<sup>35</sup> Hayek, Friedrich August (1969); a.a.O., 255 f.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 254.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 253.

<sup>38</sup> Vgl. Ebenda, S. 256 f.

<sup>39</sup> Vgl. Ebenda, S. 257.

Die spontane Ordnung wird von Hayek als selbstorganisierendes System begriffen, das die wechselseitige Anpassung der unzähligen individuellen Pläne gewährleistet.<sup>40</sup> In dieser Marktordnung, die von Hayek auch Katallaxie genannt wird, versuchen einzelne Individuen durch dezentrale Entscheidungen ihren Nutzen zu maximieren, ohne das Ganze zu kennen. Im Gegensatz zu einer Wirtschaft, in der jemand planmäßig Mittel im Dienste einer einheitlichen Zielhierarchie verwendet und bei der nur das Wissen eingeht, über das die Leiter der jeweiligen Organisation verfügen, hat die spontane Marktordnung bzw. Katallaxie zwei entscheidende Vorteile. Sie kann das Wissen aller Teilnehmer nutzen und die Ziele, denen sie dient, sind die besonderen Ziele aller ihrer Teilnehmer in all ihrer Vielfalt und Gegensätzlichkeit.<sup>41</sup>

Damit hat Hayek die Bedeutung des dezentral über alle Akteure des Wirtschaftsprozesses verteilten Wissens für die optimale Nutzung aller Möglichkeiten zur Erfüllung der Bedürfnisse benannt. Keine zentrale Planungsbehörde, sei sie auch noch so redlich bemüht, kann das Wissen über all die unterschiedlichen Bedürfnisse, die noch dazu einem permanenten Wandel unterworfen sind, erlangen. Nur eine Wettbewerbswirtschaft kann das verstreute Wissen über die hunderttausende Bedürfnisse der Menschen vollständig ausnutzen und diese so befriedigen.<sup>42</sup>

Der Wettbewerb ist aber nicht nur bei der Auffindung des verstreuten Wissens notwendig. Auch bei der Frage, welche Güter und Dienstleistungen produziert werden müssen, ist er unabdingbar. Denn nur in einer Wettbewerbssituation können sich Preise frei bilden und damit ihre Signalfunktion bei der Lenkung der Produktion wahrnehmen.<sup>43</sup> Auch diese wesentliche Funktion bei der spontanen Selbststeuerung der Marktordnung wurde von Hayek schon seit den dreißiger Jahren thematisiert:

*„In jenen Vorträgen verwendete ich auch erstmals, was dann als Leit-Thema der meisten meiner späteren Werke, nämlich eine Analyse der Signalfunktion der Preise bei der Lenkung der Produktion; ein Konzept, das ich ein paar Jahre später in meiner Ansprache als Präsident des London Economic Club über „Wirtschaftstheorie und Wissen“ zum ersten Mal systematisch entwickelte.“<sup>44</sup> „Seitdem ist es immer mehr zum Mittelpunkt meines Denkens über ökonomische Theorie geworden.“<sup>45</sup>*

Es gibt eine Interaktion zwischen dem Einzelnen (Unternehmer), der sein eigenes (dezentrales) Wissen besitzt und dieses gleichzeitig in Bezug setzt zu den Preissignalen, die er vom anonymen Markt erhält. So schreibt Hayek:

*„Das Wissen, von dem ich spreche, besteht vielmehr in hohem Maße in der Fähigkeit, besondere Umstände aufzufinden, eine Fähigkeit, die die Einzelnen nur wirksam nutzen können, wenn ihnen der Markt sagt, welche Art von Gegenständen und Leistungen verlangt werden und wie dringlich.“<sup>46</sup>*

---

<sup>40</sup> Vgl. Ebenda, S. 256.

<sup>41</sup> Vgl. Ebenda, S. 255.

<sup>42</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1963); a.a.O., 112.

<sup>43</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1981); Der Strom der Güter und Leistungen, in: ders.; Wirtschaftswissenschaft und Politik, Tübingen, 2001, S. 163 (zuerst: Vortrag an der London School of Economics, „The Flow of Goods and Services“, am 27.01. 1981).

<sup>44</sup> Hayek hielt diesen Vortrag am 10. Nov. 1936. (deutsch: Hayek, Friedrich August; Wirtschaftstheorie und Wissen, in: ders.; Wirtschaftstheorie und Wissen, Tübingen 2007, S. 137 – 158).

<sup>45</sup> Hayek, Friedrich August (1981); a.a.O., S. 163.

<sup>46</sup> Hayek, Friedrich August (1969); a.a.O., S. 254.

Hayek betont weiter, dass sich viele Menschen darüber ärgern, dass niemand die Macht hat zu entscheiden, wie das insgesamt verfügbare Kapital eingesetzt werden kann. Denn dies müsse dem Prozess überlassen werden, der allein hierzu imstande ist, nämlich dem unpersönlichen Marktprozess. Alle Alternativen würden es dagegen notwendig machen, dass der Einsatz der Kapitalressourcen in die Hand einer Zentralbehörde gelegt wird.<sup>47</sup>

Als Kehrseite seiner Theorie der spontanen Ordnung mit Preisen als Signalen durchzieht Hayeks Werk die fundamentale Zurückweisung aller Maßnahmen, welche die spontane Ordnung oder eine freie Preisbildung in irgendeiner Form behindern könnten.

Da ist zunächst die Bedrohung durch die zur damaligen Zeit viel diskutierte Form einer staatlichen Investitionslenkung. Hier sieht Hayek das Herzstück der freien Marktwirtschaft, die freie Entscheidung der Unternehmer über die Investition, bedroht<sup>48</sup> und vermutet weiter dass:

*„Jeder Versuch, zwar den laufenden Betrieb vom Wettbewerb bestimmen zu lassen, aber die großen Entscheidungen über die Vorsorge für die Zukunft einer zentralen Planungsbehörde zu übertragen, langfristig zu einer vollständigen Planwirtschaft führen muss.“<sup>49</sup>*

Es ist aber nicht nur die direkte Investitionslenkung, gegen die Hayek argumentiert. Auch eine allgemeine Nachfrageerhöhung, die ohne direkte Eingriffe in die Investitionen der Unternehmer auskommt, wird von ihm abgelehnt. Um die Unmöglichkeit, mit einer Nachfragepolitik für Vollbeschäftigung zu sorgen, zu belegen, bemüht Hayek die Starrheit der relativen Preise und Löhne, die eine Anpassung an eine neue Nachfragestruktur nicht erlaubt. Denn nur die sich ändernden Preise und Löhne können die Signale für neue Knappheit übertragen.<sup>50</sup>

Hayek sieht daher den eigentlichen Grund für die Arbeitslosigkeit in einer Fehlleitung des Produktionsfaktors Arbeit, der sich nicht schnell genug an eine neue Nachfragestruktur anpassen konnte. Hayek unterstellt offenbar eine weitgehende Immobilität der Arbeitskräfte bei der Fähigkeit, die Sektoren zu wechseln. Notwendig wären für Hayek deshalb total flexible Löhne, damit die Arbeit dorthin fließt, wo die höchste Nachfrage ist und daher dann auch die höchsten Löhne gezahlt werden können.<sup>51</sup> Als einzige Lösung erkennt er daher die Schaffung eines „echten“ Arbeitsmarktes, auf dem sich die Lohnhöhen komplett frei durch Angebot und Nachfrage bilden.<sup>52</sup>

Hayek gesteht zu, dass eine Erhöhung der Nachfrage kurzfristig wirksam ist und zum Rückgang der Arbeitslosigkeit führt. Langfristig führt eine staatlich induzierte Nachfrageerhöhung jedoch zur Fehlleitung des Produktionsfaktors Arbeit, was schließlich in Arbeitslosigkeit mündet.<sup>53</sup>

Neben der Fehlleitung von Arbeit und Kapital durch falsche Preissignale liegt ein zweiter Grund für Hayeks Ablehnung von staatlichen Eingriffen in den Wirtschaftsprozess darin, dass er in seiner Argumentation fast regelmäßig von voll ausgelasteten Kapazitäten ausgeht. Dann setzt jeder Kapitalaufbau zunächst einmal Konsumverzicht voraus, denn die Bildung von

---

<sup>47</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1981); a.a.O., S. 167.

<sup>48</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1963); a.a.O., S. 111.

<sup>49</sup> Vgl. Ebenda, S. 112.

<sup>50</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1974); Die Anmaßung von Wissen, in: ders., Wirtschaftstheorie und Wissen, Tübingen, 2007, S. 88. ff. (zuerst als Rede zur Verleihung des Nobelpreises, Stockholm am 11. Dez. 1974).

<sup>51</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1974/75); a.a.O., S. 148.

<sup>52</sup> Vgl. Ebenda, S. 125.

<sup>53</sup> Vgl. Ebenda, S. 139 ff.

Realkapital erfordert, dass wir zunächst mehr produzieren als konsumieren.<sup>54</sup> In einer solchen Situation hat keynesianische Nachfragepolitik tatsächlich weder Platz noch Sinn.

Mit seiner mikroökonomisch angelegten Theorie von den Preisen als Signalen und einer spontanen Ordnung, bei unvollkommenem, weil nur dezentral vorhandenem Wissen, gelingt Hayek eine originelle Interpretation von Adam Smiths Idee der unsichtbaren Hand.<sup>55</sup> Dies umso mehr, als er dabei die Begrenztheit der statistischen Analyse der Neoklassik aufzeigt. Ebenfalls kann Hayek mit einer Vielzahl an Argumenten belegen, dass eine Wirtschaft, die durch eine zentrale Planungsbehörde gelenkt wird, einer Ökonomie, die durch dezentrale Marktprozesse gesteuert wird, unterlegen ist. Dennoch bleiben seine rein marktorientierten Ansätze Theorien kurzer Reichweite. Eine Einbettung seiner Theorie in eine makroökonomische Gesamtsicht wird von Hayek nicht geliefert (es fehlt die Makrofundierung der Mikroökonomie). Hier zieht er sich auf den Standpunkt zurück, dass die gesamte Makroökonomie ein eigentlich unwissenschaftlicher keynesianischer Irrweg ist.<sup>56</sup> Als zweites durchzieht das gesamte wirtschaftswissenschaftliche Werk von Hayek der mitunter verzweifelt anmutende Versuch, die Rolle der Nachfrage im volkswirtschaftlichen Prozess zu negieren und jede Form staatlicher gelenkter Nachfragepolitik als schädlich darzustellen.<sup>57</sup> Gelingen kann ihm dies nur dort, wo er per Definition von der Vollauslastung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital ausgeht. Sobald er die Situation der Vollauslastung verlässt, sieht er sich gezwungen, die Wirksamkeit von Nachfragepolitik anzuerkennen, nur um gleich darauf zu insistieren, dass diese Wirksamkeit niemals dauerhaft sein kann, da sie eine Fehlleitung von Produktionsfaktoren bewirkt.<sup>58</sup>

### 3.2. Der theoretische Kern bei Keynes

Wohl noch schwieriger als bei Hayek erscheint der Anspruch, „den“ theoretischen Kern bei Keynes identifizieren zu wollen. Füllen doch große Mengen Monographien und unzählige Lehrbücher (mit höchst unterschiedlichen Aussagen) über „den“ Keynesianismus die Regale. Dazu kommen dann noch die Bände mit den Streitfällen „What Keynes really means“.

Um trotzdem einen theoretischen Kern ausmachen zu können, bedarf es eines konsequenten Rückgriffs auf die Originaltexte von Keynes. Denn die Analyse der Genese seines Werkes und die Einbettung der theoretischen Hauptwerke in seine vielen, meist kurzen Wort- und Tonbeiträge macht klarer, worum es Keynes „wirklich“ ging. So argumentierte Keynes in seinen kurzen Beiträgen sehr konkret und problemorientiert und benennt dort klar den Grund der Arbeitslosigkeit in der mangelnden Nachfrage. In seinen beiden Hauptwerken dagegen blieb er hinter dieser Klarheit oft zurück.

Hier gibt es einen „doppelten Keynes“. Zunächst der Keynes, der als anwendender Volkswirt die wirtschaftspolitischen Fragen vom Standpunkt des politischen Beamten aus betrachtet und

---

<sup>54</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1963); a.a.O., S. 107 f.

<sup>55</sup> Hayek bezieht sich bei der Idee seiner spontanen Ordnung, wo die Preise auf einem freien Markt durch negative Rückkopplung bestimmt werden, explizit auf Adam Smith und seiner Vorstellung von der unsichtbaren Hand, die den Wirtschaftsprozess zum Guten leitet. Vgl. Hayek, Friedrich August (1969), a.a.O., S. 256.

<sup>56</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1969); a.a.O., S. 251 ff.; sowie: vgl. Hayek, Friedrich August (1981); a.a.O., S. 177.

<sup>57</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1981), a.a.O., S. 140 f.

<sup>58</sup> Obwohl es dem „Ideologen“ Hayek offenbar schwer fiel, die Wirksamkeit einer Nachfragepolitik anzuerkennen, kam der „Ökonom“ Hayek doch nicht umhin, genau dies zu tun. Vgl. dazu z.B. folgende Stellen aus seinem theoretischen Werk: Hayek (1963); a.a.O.; S. 108; Hayek (1974/75); a.a.O.; S. 124, S. 139 f., S. 149; und Hayek (1981); a.a.O.; S. 167.



aus seinen theoretischen Einsichten unmittelbare Handlungsempfehlungen ableitet.<sup>59</sup> Die andere Seite des „doppelten Keynes“ ist die des wirtschaftswissenschaftlichen Theoretikers, der in einem Prozess des „long struggle of escape“ seine neuen Ideen dem neoklassischen Mainstream - in dessen Tradition er selbst ausgebildet war - abringen musste. So ist Keynes erstes großes Werk „Vom Gelde“ von 1930 noch deutlich neoklassisch beeinflusst. Schon kurz nach dessen Erscheinen beginnt er aber mit seinem zweitem großem Werk – der „General Theory“ (GT) – in der er versucht, die erkannten Fehler in „Vom Gelde“ zu beheben und seine Theorie weiter von der Neoklassik zu emanzipieren.<sup>60</sup>

Der politische Beamte in Keynes wusste, dass mittels expansiver Nachfragepolitik die Beschäftigung erhöht werden kann, wenn die Kapazitäten nicht ausgelastet sind, die gleiche Nachfragepolitik bei schon bestehender Vollbeschäftigung hingegen zu Inflation führt.<sup>61</sup> Da die neoklassische Theorie aber ein dauerhaftes Abweichen von nicht ausgelasteten Kapazitäten und Vollbeschäftigung für unmöglich erklärte (und somit jede expansive Nachfragepolitik zu Inflation führen muss), musste Keynes in der GT erst einmal die Möglichkeit eines Gleichgewichts bei Unterbeschäftigung nachweisen. Dies war eine unbedingte Notwendigkeit, denn nur, wenn Keynes auch in der Theorie belegen konnte, dass eine automatische Rückkehr zum Gleichgewicht nicht zwingend erfolgen muss, konnte er die Notwendigkeit seiner praktischen Vorschläge zur Krisenüberwindung durch Nachfragepolitik auch als wissenschaftlich begründet darstellen.

Tatsächlich besteht ein großer Teil der GT aus der Auseinandersetzung mit neoklassischen Argumentationsmustern und Methoden. Dass die GT ungeachtet ihrer Eleganz und ihrer vielen Gedankenblitze unter allen Werken von Keynes das wohl am unklarsten geschriebene ist, ist auch auf diesem langen Kampf um die Lösung aus der neoklassischen Denktradition zurückzuführen.<sup>62</sup>

Um den Kern der keyneschen Theorie zu erkennen, gilt es also das herauszufiltern, was nur ein - für die Argumentation notwendiges - Abfallprodukt des Überwindungskampfes mit der Neoklassik darstellt und was, in Überwindung derer, neue theoretische Erkenntnis. In der GT findet dieser Kampf um eine neue Theorie in dessen Mittelteil statt, während Keynes sowohl im Vorwort als auch im Schlusskapitel klar skizziert, was das Ziel dieser neuen Theorie ist. Hier bezeichnet es Keynes als das Hauptanliegen seiner neuen Theorie, das Versagen bei der Schaffung von Vollbeschäftigung zu überwinden.<sup>63</sup> Daher kann als Kernanliegen Keynes das Ziel angesehen werden, in der GT eine Theorie außerhalb des neoklassischen Gedankengebäudes zu entwickeln, die die Instabilität des Kapitalismus erklärt und gleichzeitig Wege zur Vollbeschäftigung aufzeigt.

Als erste theoretische Neuerung kann die Entdeckung der effektiven Nachfrage für die Stabilität der Gesamtwirtschaft genannt werden. Die Erkenntnis, dass das Sparen einzelner das Einkommen aller senkt und es einen wesentlichen analytischen Unterschied zwischen dem Verhalten einzelner und dem Verhalten der Gesamtheit gibt, reflektiert, dass gesamtwirt-

---

<sup>59</sup> Vgl. Moggridge, Donald E., a.a.O.; S. 155 (deutsch, S. 126).

<sup>60</sup> Vgl. Ebenda, S. 88, (deutsch, S. 72).

<sup>61</sup> Dieser Kerngedanke zieht sich wie ein roter Faden durch die Argumentationslinien von Keynes. Vgl. dazu u.a. Keynes, John Maynard; Wege zur Wiedererlangung der Prosperität, in: Mattfeld, Harald; a.a.O.; 1985 S. 146. Keynes, On Air, S. 104; sowie in seiner Allgemeinen Theorie (AT): S. 101 und 254, (englisch: General Theory (GT) S. 119 und 301).

<sup>62</sup> Vgl. Moggridge, Donald E., a.a.O., S. 91 (deutsch, S. 74)

<sup>63</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; AT, S. 314, / GT, S. 372.

schaftliches Denken immer den Kreislauf der Wirtschaft berücksichtigen muss.<sup>64</sup> Damit legt Keynes die Basis für eine makroökonomische Wirtschaftstheorie, welche über die lediglich mikroökonomisch fundierte Neoklassik hinausgeht.

Ebenso fundamental für die neue Theorie ist die Erkenntnis der permanenten Unsicherheit, („we simply do not know“) die Keynes klar von dem mathematisch kalkulierbaren Risiko unterscheidet.<sup>65</sup> Diese nicht kalkulierbare Unsicherheit ist der Grund für die Instabilität der erwarteten Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und damit auch für die Instabilität des Investitionsvolumens. Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals als Triebfeder zur Investition ergibt sich dabei nicht nur aus den erwarteten Kosten und der erwarteten Höhe des Zinssatzes, sondern auch aus den erwarteten Umsatzerlösen, welche wiederum von der erwarteten Nachfrage (d.h. in erster Linie vom Konsum) bestimmt werden.<sup>66</sup> Daher kann die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im Abschwung so niedrig werden, dass auch eine noch so starke Senkung des Zinssatzes nicht mehr zur Investition veranlasst.<sup>67</sup>

Hier führt dann die Unsicherheit ebenso zur Möglichkeit einer unzureichenden effektiven Nachfrage wie ein zu großes Sparen. Die gesamte effektive Nachfrage (Y) setzt sich – unter Vernachlässigung des Außenhandels – aus den Nachfragekomponenten Konsum (C), Investitionen (I) und Staat (G) zusammen.

$$Y = C + I + G$$

Während Keynes den Konsum als relativ stabil ansieht, erwartet er wegen der instabilen Grenzleistungsfähigkeit des (Sach-)Kapitals starke Schwankungen bei der Investitionsnachfrage. Von daher ist es nachvollziehbar, wenn Keynes zum Ausgleich eines Investitionsrückgangs zusätzliche staatliche Investitionen fordert und diese einem zusätzlichen Konsum zunächst vorzieht.<sup>68</sup> Die Steuerung der Investitionen erscheint sinnvoller als die Steuerung des Konsums.

Ebenso betont Keynes, dass von staatlichen Investitionsprogrammen im Rahmen von Zweit-runden Effekten weitere positive Impulse auf das Einkommen und die Nachfrage ausgehen. Dies führte zur Idee des Multiplikators. In der GT bezieht sich Keynes auf die von R. F. Kahn entwickelte Idee eines mathematischen Multiplikators, der sich aus der marginalen Konsumneigung ergibt.<sup>69</sup> In einer Beispielrechnung, die Keynes ausführt, ergibt sich bei einer marginalen Konsumneigung von 0,9 (also einer empirisch durchaus relevanten Sparquote von 10 Prozent) ein Multiplikator von 10. Das bedeutet, dass aus einer Zunahme der Investitionen eine zehnfach größere Gesamtbeschäftigung hervorgerufen wird.<sup>70</sup>

Diese Theorie des Multiplikators wurde aufgrund seiner mathematischen Eleganz und logischen Klarheit von den meisten Lehrbüchern des Standardkeynesianismus übernommen. Es war dann aber genau die mechanistische Anwendung dieses rein mathematischen Multiplikators, die zu einem Hauptkritikpunkt der Gegner des Keynesianismus wurde und dessen Versagen in der realen Wirtschaftspolitik als Versagen des gesamten keynesschen Gedankengebäudes gefeiert wurde. Dies ist umso bedauerlicher, als Keynes selbst schon auf den

<sup>64</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; AT, S. 72 f. / GT, S. 83 ff.

<sup>65</sup> Vgl. Keynes, John Maynard (1937); QJE, in: CW (1973), Vol. XIV, S. 113 ff.

<sup>66</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; AT, S. 177 ff. / GT, S. 210 ff.

<sup>67</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; AT, S. 270 / GT, S. 319.

<sup>68</sup> Vgl. Minsky, Hyman P. (1990); John Maynard Keynes; Marburg, 1990, S. 125 ff.

<sup>69</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; AT, S. 97 ff. / GT, S. 113 ff.

<sup>70</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; AT, S. 100 / GT, S. 116 f.

folgenden Seiten der GT das Konzept des rein logischen Multiplikators durch diverse Einschränkungen relativiert. In einem Artikel, den er zeitgleich zur GT schrieb, schätze er einen praxisnahen Multiplikator auf durch „Sickerverluste“ reduzierte 1,5 bis 2.<sup>71</sup> Hier kommt wieder der „doppelte Keynes“ zum Vorschein. Auf der einen Seite der Keynes, der in mathematisch eleganter Form mit der Neoklassik ringt und auf der anderen Seite der „angewandte Keynes“, der als politischer Beamter die reale Wirkungen eines Investitionsprogramms abschätzt, um im Rahmen eines Versuch- und Irrtum Verfahrens über Zweitunden Effekte zu Vollbeschäftigung zu gelangen. Entscheidend für den Kern der Gedankengänge von Keynes ist weniger die ex ante korrekt Berechnung des Multiplikators, sondern dass mittels staatlicher Ausgabeprogramme eine unzureichende Nachfrage behoben werden kann und muss.

Bei der Frage nach der Ausgestaltung der Ausgabenprogramme hat Keynes meistens die Verwendung für Investitionen gefordert. Allerdings hat Keynes bei staatlichen Investitionen vorwiegend an Wohnungsbau und die öffentliche Infrastruktur, also an den Ausbau des Kapitalstocks, der später als Grundlage für mehr Konsum und einen höheren Lebensstandard genutzt werden kann, gedacht. So schrieb er 1943:

*„Man darf fragen, warum ich Investitionen großen Maßstabes einer Vermehrung des Verbrauchs vorziehe. Der Hauptgrund liegt darin, dass wir nach meiner Meinung noch weit von einer Kapitalsättigung unserer Wirtschaft entfernt sind. Auf lange Sicht liegt es durchaus im Interesse der Hebung der Lebenshaltung, wenn wir viel mehr Kapital bilden. Nach zwanzig Jahren mit Investitionen größeren Maßstabes will ich mir die Sache wieder überlegen.“<sup>72</sup>*

Der Grund, warum Keynes meist für die Bevorzugung der Investitionen vor dem unmittelbaren Konsum plädierte, liegt in seinem empirischen Befund, dass die (Sach)Kapitaldeckung für späteren Konsum noch nicht ausreichend ist. Jede Investition ist kein Selbstzweck, sondern dient letztlich immer dem Konsum. Auch eine oft vergessene, aber umso wesentlichere Grunderkenntnis, auf die Keynes in der GT hinweist.<sup>73</sup> Die Frage nach zusätzlicher Investition oder zusätzlichem Konsum ist für Keynes immer eine Frage der Situation. An anderer Stelle in der GT weist er z.B. darauf hin, dass auch eine gleichzeitige Erhöhung von Konsum und Investition sinnvoll sein kann:

*„Überdies würde ich ohne weiteres zugeben, dass das weiseste Verfahren wäre, auf beiden Fronten gleichzeitig vorzugehen. Während ich ein sozial gesteuertes Investitionsvolumen anstrebe (in Hinblick auf eine fortschreitende Abnahme in der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals), würde ich gleichzeitig alle Arten der Politik unterstützen, die die Konsumneigung vermehren. Denn es ist unwahrscheinlich, dass wir mit der bestehenden Konsumneigung Vollbeschäftigung aufrecht erhalten könnten, was immer wir in Bezug auf die Investitionen unternehmen würden. Es ist daher Raum für die Zusammenarbeit beider Politiken, für eine Förderung der Investition und gleichzeitig eine Förderung des Verbrauchs,(...).“<sup>74</sup>*

Keynes erkennt also auch die Bedeutung des Konsums als Anreiz zur Investition und ebenso, dass das Wachstums des Kapitals nicht durch eine niedrige Konsumneigung (hohe Sparquote) gefördert, sondern im Gegenteil von ihr zurückgehalten wird. Nur in Zeiten der Vollbeschäftigung

<sup>71</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; Wege zur Wiedererlangung der Prosperität, in: Mattfeldt, Harald; Keynes – kommentierte Werkauswahl, Hamburg, 1985, S. 145 ff. (zuerst: The Means to prosperity, London, 1933).

<sup>72</sup> Keynes in einem Brief an Josiah Wedgwood, Mitglied des Direktoriums der Bank of England. Zitiert in: Moggridge, John Maynard Keynes, München, 1977, S. 105, englisch: S. 127 f.

<sup>73</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; AT, S. 89 ff. /GT, S. 104 ff.

<sup>74</sup> Keynes, John Maynard; AT, S. 275/GT, S. 325.

tigung ist eine niedrige Konsumneigung förderlich für das Wachstum des Kapitals.<sup>75</sup> Im Grundsatz geht es Keynes immer um das gleichgewichtige Wachstum von Investition und Kapitalstock auf der einen und dem gesamten Verbrauch auf der anderen Seite.<sup>76</sup>

Wenn das Kapital durch vermehrte Investitionen immer reichlicher wird, wird auch seine Grenzleistungsfähigkeit geringer und der Staat müsste, um Investitionen dennoch rentabel zu halten, das Zinsniveau auf ein sehr niedriges Niveau senken. Dies in Verbindung mit dem gesunkenen Knappheitswert an Kapital würde nun zu einer Situation führen, die Keynes als den sanften Tod des Rentiers bezeichnete.<sup>77</sup>

Wenn auch die Möglichkeit, mittels Zinssenkungen die Investitionen anzuregen, ausgeschöpft ist, da die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu weit gesunken ist, bleibt nur noch den Konsum zu vermehren, damit C im Verhältnis zu I reichlicher wird und das Kapital im Verhältnis zum Konsum wieder knapper.

Dann stimuliert ein steigender Konsum den Anreiz zur Investition. Die Wirkungskette verläuft von C zu I. Sollte in der langen Frist der Konsum aufgrund allgemeiner Sättigung nicht mehr sinnvoll erhöht werden können und der Kapitalstock soweit aufgebaut sein, dass ein weiteres Wachstum kaum mehr notwendig ist, plädiert Keynes für eine Verkürzung der Arbeitszeit und längeren Urlaub: „...welches ein wunderbar angenehmer Weg ist, Geld loszuwerden.“<sup>78</sup>

Neben der Frage, ob staatliche Ausgabenprogramme für investive oder konsumtive Zwecke Verwendung finden, musste sich Keynes auch damit auseinandersetzen, in wie weit der Staat private Investitionsentscheidungen kontrollieren und lenken soll. Auch hier waren seine Ausführungen nicht immer eindeutig. Einerseits erkennt Keynes in den starken Schwankungen der Investitionen die Hauptursache für die Instabilität und Krisenanfälligkeit des Kapitalismus und favorisiert daher staatliche Planung und Investitionslenkung. Auf der anderen Seite möchte er aber weder die privaten unternehmerischen Entscheidungen, noch den Kapitalismus als Ganzes abschaffen. In seiner 1926 verfassten Schrift „Das Ende des Laissez – Faire“ spricht er davon, dass dieser lediglich klug geleitet (wisely managed) werden sollte.<sup>79</sup> Der Staat soll nur die Aufgaben übernehmen, die niemand tut, wenn es der Staat nicht tut.<sup>80</sup> Keynes sah seine Vorschläge als Mittel kollektiver Betätigung zur Verbesserung der Technik des modernen Kapitalismus an und nicht im Widerspruch zum wesentlichen Kennzeichen des Kapitalismus, nämlich seiner Abhängigkeit vom Stimulus der Geld erwerbenden und Geld liebenden Instinkte der Individuen als Haupttriebfeder der Wirtschaftsmaschine.<sup>81</sup>

In der GT rund zehn Jahre später und mit der Erfahrung der Weltwirtschaftskrise bleibt Keynes diesem Grundsatz treu, erkennt aber auch die Möglichkeit einer weitergehenden Eingriffsnotwendigkeit des Staates. Auch hier befürwortet er, dass die einzelwirtschaftlichen Entscheidungen vom Unternehmer, die Makroentscheidungen dagegen vom Staat getroffen werden sollen. Das System hat bei der Bestimmung der Menge der Beschäftigung versagt,

<sup>75</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; AT, S. 314/GT, S. 372.

<sup>76</sup> Vgl. Keynes; John Maynard; AT, S. 89 ff. /GT, S. 104 ff.

<sup>77</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; AT, S. 316 f. / GT, S. 375 f.

<sup>78</sup> Keynes, John Maynard; Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung; in: Reuter, Norbert; Wachstumseuphorie und Verteilungsgerechtigkeit, Marburg, 1998, S. 142 (zuerst: 1943)

<sup>79</sup> Vgl. Keynes, John Maynard, Das Ende des Laissez – Faire, in: Mattfeld, Harald; Keynes Kommentierte Werkauswahl, Hamburg, 1985, S. 116.

<sup>80</sup> Vgl. Ebenda, S. 113 ff.

<sup>81</sup> Vgl. Ebenda, S. 114.

nicht aber in der Zusammensetzung des wie und was produziert wird. Der Staat soll nicht Besitzer der Produktionsmittel werden, sondern nur die Gesamtmenge der Produktion bestimmen.<sup>82</sup> Von der Forderung nach einer Verstaatlichung der Produktionsmittel (die Hayek als Folge einer Interventionspolitik immer unterstellte) war Keynes also weit entfernt.

Die grundlegende Problemstellung von Keynes lautete: Wie kann die gesamte effektive Nachfrage aus Konsum und Investition dauerhaft auf einem Niveau gehalten werden, dass das gesamtwirtschaftliche Angebot, welches mit Vollbeschäftigung verbunden ist, auch genutzt wird. Ob die hinreichend effektive Nachfrage mehr durch eine Steigerung der Konsum- oder der Investitionsnachfrage zu erreichen ist, ist für Keynes dabei eine Frage der konkreten ökonomischen Situation. Zu beachten ist immer das Gleichgewicht zwischen gesamtem Angebot und gesamter Nachfrage und entsprechend muss das eine Mal die Nachfrage erhöht werden - wie nach der Weltwirtschaftskrise - und das andere Mal die private Konsumnachfrage gesenkt werden, wie bei der Finanzierung der Kriegswirtschaft.

Hayek geht davon aus, dass das Marktsystem zwar nicht immer alle Produktionsmöglichkeiten ausschöpft, aber dennoch jedem anderen System, das mittels geplanter Staatseingriffe versucht, die Situation zu verbessern, überlegen ist, da es die Preissignale unverfälscht lässt und das dezentral vorhandene Wissen nutzt. Keynes dagegen hält planende Eingriffe nicht nur für möglich, sondern im Falle einer Krise auch für notwendig.

#### 4. Gemeinsamkeiten von Hayek und Keynes

Trotz der bedeutsamen Unterschiede der theoretischen Kerne gibt es bei Hayek und Keynes interessante Übereinstimmungen.

Als erstes ist hier der schon beschriebene Bruch mit der Gleichgewichtstheorie der Neoklassik zu nennen. Dieser Bruch steht in engem Zusammenhang mit dem Unbehagen Beider am übermäßigen Einsatz mathematischer Methoden in der ökonomischen Theorie. Sowohl Keynes als auch Hayek halten die Volkswirtschaftslehre in erster Linie für eine Sozialwissenschaft, die mit rein mathematischen Methoden nicht zu erfassen ist.

Hayek hat seine Kritik, die Nationalökonomie zu einen Zweig der reinen Logik zu machen und sie so auf eine Reihe selbstevidenter Sätze zu reduzieren, die wie in der Mathematik keiner anderen Probe als ihrer inneren Widerspruchlosigkeit unterliegt, schon 1936 formuliert<sup>83</sup> und sie an sehr prominenter Stelle bei der Rede zur Verleihung seines Nobelpreises wiederholt.<sup>84</sup>

Auch der mathematisch ausgebildete Keynes beschrieb die Grenzen der mathematischen Methoden für Erkenntnisgewinn in der Ökonomie (ebenfalls 1936) explizit in seiner Allgemeinen Theorie:

*„Der Zweck unserer Analyse ist nicht, eine Maschine oder eine blind anzuwendende Methode bereitzustellen, die eine unfehlbare Antwort liefert, sondern eine organisierte und geordnete Methode aufzubauen, mit der wir einzelne Probleme durchdenken können; und nachdem wir die komplizierten Faktoren einen nach dem anderen isoliert haben und dadurch zu vorläufi-*

<sup>82</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; AT, S. 319 ff. / GT, S. 378 ff.

<sup>83</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1936), a.a.O., S. 139.

<sup>84</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1974); Die Anmaßung von Wissen, in: ders.; Wirtschaftstheorie und Wissen, Tübingen, 2007, S. 92, (zuerst als Rede zur Verleihung des Nobelpreises, Stockholm am 11. Dez. 1974)

*gen Folgerungen gekommen sind, müssen wir uns rückbesinnen und, so gut wir können, die wahrscheinlichen Wechselwirkungen untereinander berücksichtigen. Das ist das Wesen wirtschaftlichen Denkens. Jede andere Art der Anwendung unserer formalen Denkgrundsätze wird uns in die Irre führen. Es ist ein großer Fehler der symbolischen pseudomathematischen Methoden, die ein System wirtschaftlicher Analyse in der Art und Weise formalisieren, (...) dass sie ausdrücklich eine strenge Unabhängigkeit zwischen den einbezogenen Faktoren voraussetzen und all ihre zwingende Beweiskraft verlieren, wenn diese Hypothese ausgeschlossen wird. (...) Ein allzu großer Teil jüngster „mathematischer“ Wirtschaftslehren ist ein bloßes Gebräu, so ungenau wie die anfänglichen Voraussetzungen, auf denen sie beruhen und welche dem Autor erlauben, die Verwicklungen und gegenseitigen Abhängigkeiten der wirklichen Welt in einem Wust anmaßender und nutzloser Symbole aus dem Blick zu verlieren.“<sup>85</sup>*

Keynes kam in seinen Werken so gut wie ohne mathematische Formeln aus. Lediglich in seiner GT verwendete er einige und dies auch aus eher didaktischen Gründen. Hayek verließ sich bei seiner theoretischen Argumentation sogar vollständig auf die Form der verbalen Analyse.

Neben der Kritik bzw. dem Unbehagen einer zu starken Mathematisierung der Wirtschaftswissenschaften lassen sich Gemeinsamkeiten beim Motiv der Unsicherheit – im Unterschied zum kalkulierbaren Risiko – bei Keynes, sowie der Idee des unvollkommenen Wissens bei Hayek erkennen.

Hayek geht in seiner Theoriebildung immer von der Unmöglichkeit vollständigen Wissens aus und unterstellt dem Keynesianismus dabei implizit, das dieser bei seinem Versuch, mittels Planung in den Wirtschaftsprozess einzugreifen, von seiner eigenen Allwissenheit ausgeht. Hierzu mögen einige Äußerungen Keynes über das Thema der Planungsnotwendigkeiten beigetragen haben, die Keynes insbesondere während der Weltwirtschaftskrise getan hat.<sup>86</sup>

Tatsächlich ist aber einer der Kernpunkte von Keynes Theorie die Erkenntnis, dass alle Wirtschaftssubjekte im Rahmen einer ungewissen Zukunft agieren müssen („we simply do not know“)<sup>87</sup> und daher gerade die Ungewissheit über die zukünftigen Erträge von Investitionen eine entscheidende Rolle spielt. Die Grundidee jeder planenden keynesianischen Wirtschaftspolitik liegt nicht in der Annahme einer eigenen Allwissenheit, sondern im Versuch, die unsicheren Erwartungen der Wirtschaftssubjekte zu stabilisieren.

Daher kann es als eine Gemeinsamkeit von Hayek und Keynes angesehen werden, dass beide mit der Unmöglichkeit von vollständigem Wissen argumentieren. Also der Unmöglichkeit, genau vorauszusehen, welche und wie viele Konsum- und Investitionsgüter in der Zukunft tatsächlich nachgefragt werden und damit, welche und wie viel zukünftige Produktion von Konsum- und Investitionsgütern sich für den Unternehmer rechnen wird und welche nicht.

Keynes argumentiert so, um die Unsicherheit der Erträge von Investitionen, der daraus resultierenden schwankenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und damit die Möglichkeit von Nachfrageausfällen zu erklären. Hayek argumentiert so, um die Erfolglosigkeit einer zentral gelenkten Planwirtschaft vorherzusagen.

<sup>85</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; AT, S. 251 f. / GT, S. 297 f.

<sup>86</sup> Vgl. dazu z.B.: Keynes, John Maynard; Über staatliche Wirtschaftsplanung, in: Keynes, John Maynard, On air, Hamburg, 2008, S. 104 f. (Ausstrahlung der Sendung durch die BBC am 14. März 1932).

<sup>87</sup> Vgl. Keynes, John Maynard (1937); The General Theory of Employment, in: Quarterly Journal of economics, Vol. 51, S. 213 f. (CW, Vol. 14, S.).

Als Gegenkonzept einer staatlich durchgeplanten Wirtschaft hat Hayek das Konzept der spontanen Ordnung entwickelt, wo freie Individuen anhand ihres dezentralen Wissens ihre Bedürfnisse optimieren (siehe hier Kap. 3.1.). Auch davon ist Keynes inhaltlich nicht weit entfernt, wenn er z.B. im 24. Kapitel seiner GT argumentiert, dass der dezentrale Marktmechanismus am besten geeignet ist, die Vielfalt der Auswahl und der persönlichen Freiheit sicherzustellen.<sup>88</sup>

Als letztes ist eine oft übersehene, aber für die weitere Analyse sehr wesentliche Übereinstimmung zu benennen. Sowohl Hayek als auch Keynes halten auf der einen Seite Nachfragepolitik für wirksam, wenn die Produktionsfaktoren unterbeschäftigt sind, auf der anderen Seite aber für unwirksam bzw. verfehlt, wenn die Produktionsfaktoren vollbeschäftigt sind. Der Unterschied liegt darin, dass Keynes den Zustand der Unterbeschäftigung eher für die Regel hält (dazu insbesondere Kap. 1, 2 und 24 der GT), während Hayek sie als große Ausnahme ansieht.<sup>89</sup>

Dennoch kam festgehalten werden, dass Hayek nicht umhin konnte, positive Beschäftigungswirkungen einer zusätzlichen Nachfrage zuzugestehen, solange nicht alle Produktionsfaktoren vollbeschäftigt sind.<sup>90</sup>

Ebenso kann festgehalten werden, dass Keynes keine Notwendigkeit sieht, eine aktive Wirtschaftspolitik aufrechtzuhalten, sobald ein dauerhafter Zustand der Vollbeschäftigung erreicht ist. Keynes dazu in der GT:

*„Wenn es aber unseren zentralen Leitungen gelingt, eine Gesamtmenge der Erzeugung festzusetzen, die mit Vollbeschäftigung so nah als durchführbar übereinstimmt, wird die klassische Theorie von diesem Punkt an wieder zu ihrem Recht kommen.“<sup>91</sup>*

Auf dieser hier gewonnenen Erkenntnis, dass sowohl Hayek, als auch Keynes eine Nachfragepolitik bei Unterbeschäftigung für prinzipiell wirksam halten, bei Vollbeschäftigung jedoch nicht, soll nun aufgebaut werden.

## 5. Zugeständnisse

Wie muss nun eine Wirtschaftspolitik aussehen, die Hayek und Keynes theoretischen Erkenntnissen entspricht? Sie muss 1. in der Lage sein, eine zusätzliche effektive Nachfrage zu schaffen, um nicht ausgelastete Produktionsfaktoren zu beschäftigen und 2. muss die zusätzliche Nachfrage so erzeugt werden, dass weder der Wettbewerb, noch die Funktionsweise der spontanen Ordnung mit Preisen (oder Mengen) als Signale ausgeschaltet wird und gleichzeitig das dezentral verstreute Wissen genutzt wird. Zu überprüfen ist nun, welche Zugeständnisse von Beiden notwendig sind, um diese Bedingungen zu erfüllen.

---

<sup>88</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; AT, S. 320 f. / GT, S. 379.

<sup>89</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1950); Vollbeschäftigung, Planwirtschaft und Inflation; in: ders.; Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, Tübingen, 2001, S. 94 (zuerst: Full Employment, Planning and Inflation, in: Institut of Public Affairs Review, Melbourne, 4, 1950), und ebenso: Vgl. Hayek (1963), a.a.O., S. 108.

<sup>90</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1974/75), a.a.O., S. 124, und auch: Hayek, Friedrich August (1963); a.a.O., S. 108.

<sup>91</sup> Keynes; John Maynard; AT, S. 319/GT, S. 378.

## 5.1. Zugeständnisse von Hayek

Dass Hayek Zugeständnisse an Keynes leisten muss, bedeutet nicht, dass Hayek seine eigene Theorie von der Katallaxie (Marktordnung) widerrufen muss. Denn Hayek konnte zeigen, dass diese Marktordnung zwei Dinge kann, auf die auch Keynes nicht verzichten würde. Sie kann erstens herausfinden, wie am effizientesten produziert wird, so dass die Arbeitsproduktivität steigt.<sup>92</sup> Zweitens kann sie herausfinden, für welche Produkte bei den Marktteilnehmern gerade eine kaufkräftige Nachfrage besteht.<sup>93</sup> „Zugeständnisse“ bedeutet hier lediglich, dass Hayek innerhalb der Logik seiner eigenen Theorie „beim Wort“ genommen wird und so eine Interpretation des Werkes des „Ökonomen“ Hayeks entsteht, die der „Ideologe“ Hayek vermutlich nicht gutgeheßen hätte.

Zunächst muss Hayek seine Alles oder Nichts Position relativieren, dass jede Form aktiver Wirtschaftspolitik automatisch in einer zentral geleiteten Planwirtschaft enden muss. Dies hat er getan, indem er zugab, dass diese schwarz weiß Argumentation eher pädagogisch motiviert war.<sup>94</sup>

Darauf aufbauend, dass auch Hayek akzeptiert, dass es Mittelwege zwischen totalem Markt und totaler Planwirtschaft geben kann, ist zu fragen, wie eine aktive Wirtschaftspolitik aussehen muss, die mit Hayeks Theorie vereinbar ist.

Bisher konnte gezeigt werden, dass - auch nach Hayeks Theorie - Nachfragepolitik dann wirksam ist, wenn ausreichend freie Kapazitäten (Arbeit und Kapitalstock) vorhanden sind. Dauerhaft wirksam wird solch eine Politik nach Hayek aber nur dann, wenn die neue Nachfrage Preissignale übermittelt, welche die neuen Knappheitssituationen anzeigt und entsprechende Anpassungsreaktionen möglich sind.

### 5.1.1. Freie Kapazitäten auch bei Hayek die Regel

Zu klären ist daher zunächst die Frage, wieso es mit Hayeks Theorie vereinbar ist, dass regelmäßig freie Kapazitäten vorhanden sind, obwohl Hayek dies als große Ausnahme bezeichnet hat. Hier ist auf eine Arbeit des als neoliberal zu verortenden Ökonomen C.C. von Weizsäcker zu verweisen, der das regelmäßige Vorhalten freier Reserven als konstitutiv für die Funktionsweise einer spontanen Ordnung mit einem Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, herausgearbeitet hat.<sup>95</sup> Denn nur wenn Unternehmen regelmäßig freie Reserven vorhalten, können sie auf spontan auftretende neue Absatzmöglichkeiten reagieren und so Marktanteile und Gewinn sichern bzw. vergrößern. In einer nach den Regeln einer spontanen Ordnung funktionierenden Marktordnung – wie Hayek sie entwickelt hat – ist das bewusste Vorhalten freier Reserven also als ein rationales unternehmerisches Verhalten anzusehen.<sup>96</sup>

Die Existenz freier Reserven ist daher auch nach Hayeks Theorie als die Regel und nicht als die Ausnahme anzusehen. Mit der Anerkennung der regelmäßigen Existenz freier Reserven

---

<sup>92</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1969); a.a.O., S. 256.

<sup>93</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1981); a.a.O., S. 163.

<sup>94</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1973); Wirtschaftsfreiheit und repräsentative Demokratie, in: ders.; Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, Tübingen, 2002, S. 178.

<sup>95</sup> Vgl. Weizsäcker; Carl Christan (2005); Hayek und Keynes: Eine Synthese, in: ORDO, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, 05/4.

<sup>96</sup> Weizsäcker verweist hier auf einen Aufsatz Hayeks in dem dieser auf die Selbstverständlichkeit hinweist mit der wir von der Verfügbarkeit aller möglichen Güter ausgehen. Vgl. Hayek, Friedrich August von; Rechtsordnung und Handelsordnung, in: ders; Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze, Tübingen, 1969, S.161-198, hier S. 162 f.



ist nun die Grundbedingung geschaffen, dass es überhaupt zu einer Mengenreaktion als Folge einer zusätzlichen Nachfrage kommen kann.

Eine Mengenreaktion auf eine größere Nachfrage und das Ausbleiben eines sofortigen Preisanstiegs lässt sich auch mit der Theorie der „Sticky prices“ erklären. Auch hier ist auf C.C. von Weizsäcker zu verweisen, der die Idee der Sticky prices mit Hayeks Theorie der spontanen Ordnung in Einklang bringt. Denn nur Sticky prices sind als echte Preise anzusehen. Echt ist ein Preis dann, wenn ein Kunde darauf vertrauen kann, dass die gewünschte Ware auch zum bekannten Preis lieferbar ist.<sup>97</sup> Das impliziert nicht nur eine vorausschauende Reservehaltung des Produzenten bzw. Verkäufers, sondern auch, dass der Preis auch bei Schwankungen der Nachfrage konstant gehalten wird.

Wenn man als Folge einer Nachfragesteigerung – aufgrund der Sticky prices - fast ausschließlich Mengenreaktionen unterstellt, kann die für Hayek so wichtige Signalfunktion, zur optimalen Lenkung der Produktion, nicht mehr von den nun starren Preisen übernommen werden. Es kann jedoch gezeigt werden, dass auch bei einer reinen Mengenreaktion ein Preissignal im Sinne Hayeks entsteht.

### **5.1.2. Auch Mengenänderungen können Preissignale übermitteln**

Denn die Annahme von Hayek, dass nur Preise die zur Lenkung der Produktion nötigen Signale senden können, Mengen dagegen nicht, greift zu kurz. Denn auch Hayek selbst hat erkannt, dass es die Differenzen zwischen Input- und Output Preisen sind, die die Preissignale übermitteln, welche Art Produktion lohnend ist.<sup>98</sup> Was Hayek dann übersieht, ist die Tatsache, dass in jeder Marktwirtschaft die Inputpreise für jedes Unternehmen nichts anderes sind als die Gesamtkosten. Und diese bestehen in aller Regel aus einem fixen und einem variablen Teil. Der Outputpreis wiederum ist der erzielte Gesamterlös, also der Preis mal abgesetzter Stückzahl. Steigt nun der Output zum herrschenden Preis an, kommt es zu der bekannten Reaktion, dass nur die variablen Kosten wachsen, somit die Differenz zwischen Input- und Outputpreis steigt und der Gewinn überproportional zunimmt. So bewirkt auch eine reine Mengenreaktion, dass die Differenz zwischen Input- und Outputpreisen wächst und so ein Preissignal im Sinne Hayeks entsteht. Die für Hayek stets so bedeutsamen Signale zur Lenkung der Produktion ergeben sich also auch, wenn der Outputpreis, zu dem die neu nachgefragten Güter und Dienstleistungen verkauft werden, gleich bleibt. Damit entfällt auch die Notwendigkeit eines allgemeinen Preisanstiegs, der zur Übermittlung der Signale bei einem Nachfrageanstieg sonst erforderlich gewesen wäre.

Diese innere Logik von Hayeks Theorie, nach der das Vorhalten von Reservekapazitäten die Regel ist und ein Mengen- statt Preisanstieg bei einer Absatzsteigerung zu erwarten ist, wie sie von C.C. Weizsäcker herausgearbeitet wurde, bedeutet implizit auch die Wirksamkeit einer keynesianischen Nachfragepolitik.

Doch auch wenn man die Möglichkeit von Preissignalen bei reinen Mengenreaktionen und die regelmäßige Existenz von freien Reserven anerkennt, lassen sich bei Hayek Argumente finden, die eine staatliche Nachfragesteuerung als problematisch erscheinen lassen. Das grundlegende Problem liegt in Hayeks Annahme, eine Nachfragepolitik könne nur dann erfolgen, wenn eine zentrale staatliche Stelle festlegt, welche zusätzlichen Investitionen erfolgen sollen.

---

<sup>97</sup> Vgl. Weizsäcker, Carl Christian (2005); a.a.O., S. 8 ff.

<sup>98</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1981), a.a.O., S. 169 ff.

Dieses Argument entfällt jedoch, wenn die Entscheidung wie die zusätzliche Nachfrage verausgabt wird, auf die einzelnen Individuen aufgeteilt wird und diese dann ihr Wissen nutzen, um mittels ihrer Konsumententscheidungen ihre Bedürfnisse zu optimieren. Die spontane Ordnung wird nun nicht gefährdet, da jetzt das dezentral auf die einzelnen Konsumenten verstreute Wissen genutzt wird. Denn nur das einzelne Individuum hat Informationen darüber, wie es seine Bedürfnisse am besten optimiert.

Mit den aggregierten Konsumententscheidungen ist aber nicht nur das Profil der Konsumgüternachfrage bestimmt, sondern auch das dazugehörige Investitionsgüterprofil. Denn es sind nur die Investitionen erfolgreich, die diejenigen Konsumgüter produzieren, die auch nachgefragt werden. Eine Fehlleitung der Investitionen (an den tatsächlichen Bedürfnissen der individuellen Konsumenten vorbei), welche bei einer zentralen staatlichen Investitionslenkung auftreten könnte, ist so ausgeschlossen. Und auch Hayek war bewusst, dass die Nachfrage nach Investitionsgütern eine abgeleitete Nachfrage ist, die von der Nachfrage nach Konsumgütern übertragen wird.<sup>99</sup> Daher plädierte er auch für den Fall einer Nachfragesteuerung, den Konsum zu stützen und nicht direkte Investitionsentscheidungen zu treffen.<sup>100</sup>

Weiterhin wird auch das vorhandene Arbeitskräftereservoir auf genau die Unternehmen aufgeteilt, die die zusätzlichen Güter produzieren. Denn nur Unternehmen, die ihre Produktion ausweiten, werden auch mehr Personal einstellen.

Da Hayek aber in der Regel von Vollbeschäftigung ausgeht, würde er vermutlich an dieser Stelle fragen, woher dieses zusätzliche Personal kommen soll, denn es sind bei Hayek immer nur die unterschiedlich hohen Löhne, die Arbeitnehmer zum Wechsel ihrer Arbeitsstelle veranlassen. Hier sind zwei Möglichkeiten zu betrachten:

Erstens sind Unternehmen, die am Markt erfolgreich sind und daher ihre Produktion ausdehnen, in der Regel auch in der Lage, Löhne zu zahlen, die über dem branchenüblichen Tarif liegen (Lohndrift) und somit für die betreffenden Arbeitnehmer ein Grund zum Wechseln besteht.

Zweitens ist ein expandierendes Unternehmen für Arbeitnehmer auch ohne höhere Löhne attraktiver als ein Unternehmen, dessen Umsatz stagniert oder zurückgeht, da der Arbeitnehmer dort einen langfristig sichereren Arbeitsplatz erwarten kann und gleichzeitig bessere Aufstiegsmöglichkeiten hat.

Diese beiden Effekte sollten in der realen Welt ausreichen, um die von Hayek immer in Frage gestellten Anpassungsreaktion des Faktors Arbeit an eine neue Produktionsstruktur bei nicht total flexiblen Löhnen zu gewährleisten, selbst dann, wenn weitgehende Vollbeschäftigung herrscht.

Daher kann eine zusätzliche Nachfrage, deren Zusammensetzung auf dezentral getroffenen Entscheidungen beruht, auch nach Hayeks Theorie der spontanen Ordnung zu einer dauerhaften Produktionsausweitung führen. Eine Fehlleitung der Arbeitskräfte findet nicht statt. Tatsächlich würden einige der neu Eingestellten bei einem Rückgang der Nachfrage erneut arbeitslos, aber nicht, weil sie fehlgeleitet waren, denn sie haben genau die Güter- und

---

<sup>99</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1981), a.a.O., S. 167 f.

<sup>100</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1974/75), a.a.O., S. 141.

Dienstleistungen produziert, welche am Markt nachgefragt wurden, sondern weil sie für die nun produzierten Mengen nicht mehr benötigt werden.

Hayeks Vorstellung von der Arbeitslosigkeit, welche nur durch eine „künstliche“ Nachfrage verhindert wird, die die hergebrachten Produktionsstrukturen aufrecht erhält und bei Wegfall derselben nur umso schlimmer wird, liegt vermutlich das Bild vom Heizer auf der E-Lok zugrunde. Und tatsächlich hat Hayek recht, dass das Konservieren alter Produktionsstrukturen durch die Finanzierung einer künstlichen Nachfrage, welche genau die Produkte kauft, die diese alte Produktionsstruktur herstellt, nicht dauerhaft aufrecht zu erhalten ist und am Ende (bei Wegfall der künstlichen Nachfrage) wirklich zu Arbeitslosigkeit führt.<sup>101</sup>

Aber genau dies ist bei einer dezentralen Nachfragesteuerung nicht der Fall. Denn hier richtet sich die Nachfrage nicht auf eine von der Politik bestimmte Produktionsstruktur, sondern die zusätzliche Nachfrage verteilt sich auf viele verschiedene Individuen, welche dann als Marktteilnehmer „spontan“ ihre Bedürfnisse optimieren. Auf der Angebotsseite werden die Unternehmen (Produktionsstruktur) am erfolgreichsten sein, die am besten und flexibelsten auf die neue Nachfrage reagieren können, während Unternehmen mit einer starren Produktpalette weniger erfolgreich sein werden. Analog dazu werden auch die Arbeitskräfte aus den unflexiblen Unternehmen ausscheiden und von den expandierenden Unternehmen aufgenommen werden. Das dieser Prozess aufgrund unterschiedlicher Qualifikationsprofile der Arbeitskräfte in einigen Fällen eine gewisse Zeit benötigt, liegt auf der Hand, ist aber bei jeder Änderung der Produktionsstruktur der Fall und kein Problem, das einer zusätzlichen Nachfrage zuzuschreiben wäre.

### **5.1.3. Auch bei staatlichen Investitionsentscheidungen wird dezentrales Wissen genutzt**

Wie gezeigt werden konnte, muss eine keynesianische inspirierte Nachfragepolitik nicht im Widerspruch zu Hayeks Konzept der spontanen Ordnung und der Nutzung des dezentral verteilten Wissens stehen, wenn die neue Nachfrage auf möglichst alle Konsumenten aufgeteilt wird. Hayeks Katallaxie - wie er seine Marktordnung nannte – kann auch dann herausfinden, für welche Produkte gerade eine kaufkräftige Nachfrage besteht.<sup>102</sup>

Für Nachfrage allerdings, die nicht kaufkräftig ist, ist Hayeks System blind. Das Wissen der Menschen, die keine genügende monetäre Kaufkraft haben, kann die Katallaxie nicht nutzen, auch wenn das Angebotspotential, das diese Nachfrage bedienen könnte, vorhanden ist. Das überschüssige Angebot mit der Nachfrage in Kontakt bringen, die im freien Marktsystem nicht kaufkräftig ist, kann als externer Akteur nur der Staat, dessen Regierung das dezentral verstreute Wissen der Millionen Wähler nutzt, von denen sie beauftragt wurde.

In diesem Fall sind auch öffentliche Investitionen, z.B. in Bildung, das Gesundheitswesen oder die öffentliche Infrastruktur, mit Hayeks Theorie der Nutzung des dezentralen Wissens vereinbar. Denn ein Handeln im Sinne der Mehrheit der Wähler, gebietet nicht nur der Respekt vor dem Souverän des Volkes, es steht auch nicht im Widerspruch zu Hayek, denn es wird nun auch das dezentral auf die Wahlbürger verteilte Wissen genutzt.

Ebenso ist zu beachten, dass nur die erste Verausgabung des Geldes direkt von der Regierung gesteuert ist. In der zweiten Runde verausgaben die vielen neuen Lohn- und Gewinempfänger das neue Geldeinkommen nach ihren individuellen Prämissen und das Grundprinzip von Hayeks spontaner Ordnung kommt wieder ungefiltert zu ihrem Recht.

---

<sup>101</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1950), a.a.O., S. 97.

<sup>102</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1981); a.a.O., S. 163.

An diesem Punkt kann als letztes auf das wohl größte notwendige Zugeständnis von Hayek an Keynes verwiesen werden. Wenn auch nach Keynes die Art und Weise der Produktion der Marktordnung überlassen bleiben kann, muss doch die Gesamtmenge der Erzeugung solange einer zentralen staatlichen Steuerungsstelle überlassen sein, bis Vollbeschäftigung soweit wie möglich erreicht ist.<sup>103</sup> Aber auch dieses Zugeständnis relativiert sich, da auch Keynes nach Erlangung von Vollbeschäftigung kein staatliches Eingreifen mehr für notwendig hielt und da Hayek regelmäßig von Vollbeschäftigung ausging, dürfte ihm dieses Zugeständnis nicht allzu schwer fallen.

## 5.2. Zugeständnisse von Keynes

Die Zugeständnisse, die Keynes an Hayek machen muss, damit die Katallaxie ihre spontanen Ordnungsfunktionen noch wahrnehmen kann, sind zu einem Teil den eher unsystematischen und aus den historischen Bedingtheiten erkläraren Aussagen Keynes geschuldet. Zum anderen Teil sind es eher Zugeständnisse, die von einer nachkeynesianischen Auslegung seiner Theorie geleistet werden müssen.

Zu den historisch erkläraren Ängsten, die Hayek vor einer allzu starken staatlichen Lenkung hatte, mögen Aussagen Keynes wie folgende zu der Notwendigkeit von Planung beigetragen haben:

*„Nach meinem Dafürhalten (...) ist staatliche Planung, die darauf abzielt, den durchschnittlichen Auslastungsgrad des industriellen Produktionspotentials auf einem optimalen Niveau zu halten und die Massenarbeitslosigkeit dadurch zu beseitigen, zugleich die wichtigste und schwierigste der Aufgaben, die vor uns liegen. Sie wird uns, davon bin ich überzeugt, zu weitaus gezielteren und weiter reichenden Maßnahmen der Kreditkontrolle und zu einer intensiven Beschäftigung mit dem Zinsniveau führen. Der Staat wird ganz allgemein versuchen, solche Bedingungen zu schaffen, die eine optimale Investitionsquote anregen und erleichtern. Bisher herrschte der Glaube vor, das Verhältnis von Zinssatz und Investitionsquote sei selbstregulierend und bedürfe daher keinerlei Steuerung und keinerlei Planung und dass alles zum Besten geriete, wenn man es ganz den natürlichen Kräften überließe, die innere Harmonie zu finden und herzustellen. Doch diese Ansicht verträgt sich nicht mit den Erfahrungstatsachen.“<sup>104</sup>*

Macht man sich jedoch bewusst, dass Keynes diese Aussage inmitten der Weltwirtschaftskrise getätigt hat, wird schnell klar, dass Keynes Versuche einer direkten Planung der Investitionsquote nur für die dramatische Situation wie die der Weltwirtschaftskrise mit großen ungenutzten Kapazitäten aller Art favorisierte. Für Zeiten, in denen Vollbeschäftigung herrscht, sollte wieder der Regelungsmechanismus des Marktes zur Geltung kommen. Solches gilt auch für die Ansicht, die Investitionen als primäre Steuerungsgröße des Einkommens zu betrachten. Auch hier ging Keynes davon aus, dass ein Zustand der Sättigung erreicht werden wird, wenn die meisten öffentlichen Investitionen getätigt sind und es dann angebracht ist, sich auf den Konsum bzw. Arbeitszeitverkürzung und mehr Urlaub zu verlegen.

Dennoch bildete ein Schwerpunkt der nach Keynes Tod entstanden „keynesianischen“ Theorie, wie über geplante Investitionen und die exakte Wirksamkeit des mathematischen

<sup>103</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; AT, S. 319/GT, S. 378.

<sup>104</sup> Vgl. Keynes, John Maynard; Über staatliche Wirtschaftsplanung, in: Keynes, John Maynard, On Air, Hamburg, 2008, S. 104 f. (Ausstrahlung der Sendung durch die BBC am 14. März 1932).

Multiplikators eine Nachfragepolitik zu Wachstum führt. Auch wenn diese Vorgehensweise nicht als grundlegend falsch anzusehen ist, wurde die Durchführung einer Politik, die direkt Investitionen anregen soll, bei zunehmender Sättigung immer weniger effizient.

Abgesehen von der Möglichkeit der Nutzung des dezentralen Wählerwissens über die Notwendigkeit von zusätzlichen öffentlichen Investitionen, erscheint dann eine Nachfragepolitik, die beim Konsum ansetzt, wirksamer. Denn bei ausgebildetem Kapitalstock sind es die kleinen Schwankungen des Konsums, die die großen Schwankungen der Investitionen verursachen und dann wieder auf den Gesamtkonsum zurückwirken. Bei einer ausdifferenzierten Wirtschaftsstruktur, wie sie heute anzutreffen ist, bestimmt erst der Konsum die Höhe der erfolgreichen Investitionen und diese Investitionen wirken dann wieder auf die Höhe des zukünftigen Konsums zurück.

Keynes hat diese Grundidee schon in der GT getätigt: „letztlich ist jede Investition zum Konsum bestimmt.“<sup>105</sup> Daher bestimmt die Stabilisierung und Steigerung der Nachfrage nach Konsumgütern die notwendigen Investitionen.

Aus der gängigen Interpretation, dass bei  $S > I$  die Investitionen vergrößert werden müssen, um zu dem neuen Gleichgewicht von  $Y = C + I$  zu gelangen, wird so eine neue Interpretation. Dann gilt bei  $S > I$ , dass die Investitionen kleiner sind als das Sparen, da zu wenig konsumiert wurde (bzw. in der nächsten Periode zu wenig Konsum erwartet wird) und sich die Investitionen dem niedrigeren Konsum angepasst haben. Es werden weniger Investitionen benötigt um die neuen Konsumgüter zu produzieren.

Um die Investitionen zu steigern, muss der Konsum vergrößert werden, damit  $I$  und  $C$  wieder in dem technologisch bestimmtem Verhältnis stehen (es ist die Menge  $x$  an Investitionen vonnöten um die Menge  $y$  an Konsum zu produzieren). Entscheidend ist nicht  $I = S$ , sondern das Verhältnis von  $C$  zu  $I$ . Hier bestimmt der Konsum  $C$  das Einkommen  $Y$ , da die notwendigen Investitionen eine Größe sind, die sich aus dem technologischen Stand des Kapitalstocks ergibt und die von  $C$  abhängig ist. Das Sparen ergibt sich dann wieder aus der Größe des Einkommens.

Solange keine Vollbeschäftigung herrscht und die Produktionskapazitäten nicht voll ausgelastet sind, ist auch das Sparen keine Voraussetzung für die Steigerung von Investition und Produktion.

Der Kern der keynes'schen Zugeständnisse liegt also im Verzicht auf eine (zentral gesteuerten) Investitionslenkung zugunsten einer Nachfragesteuerung, die zuerst beim Konsum ansetzt, der die Entscheidungen, wie die zusätzliche Nachfrage genutzt werden soll, dezentralisiert und den einzelnen Wirtschaftseinheiten überlässt. Die Höhe und Art der Investitionen ergibt sich dann aus der Zusammensetzung des nachgefragten Konsums.

## 6. Synthese zur Nachfragesteuerung

Die Synthese besteht nun darin, eine Nachfragesteuerung zu entwickeln, die sich - unter Berücksichtigung der Zugeständnisse – mit den theoretischen Kernen beider verbinden lässt.

Um Hayeks Theorie gerecht zu werden, ist darauf zu achten, dass die Entscheidungen über die Verausgabung der neuen finanziellen Mittel auf möglichst viele Individuen verteilt werden, um das dezentral gestreute Wissen zu nutzen und das Organisationsprinzip der spon-

---

<sup>105</sup> Vgl. Keynes, John Maynard (1936); a.a.O. S. 89 f. (AT)/ S. 104 f. (GT).

tanen Ordnung zu erhalten. Eine zentrale staatliche Steuerungsstelle über die Durchführung von Investitionen privater Unternehmen darf es nicht geben.

Als zweitem Punkt der Synthese gilt es Keynes gerecht zu werden und zu beachten, dass die Nachfragepolitik zu einer dauerhaft hohen Auslastung führt, die zu neuen Investitionen Anlass gibt und zu Vollbeschäftigung führt. Die Regierung soll hier die Gesamthöhe der Produktion festlegen, die einzelnen Details aber den dezentralen Wirtschaftseinheiten überlassen.<sup>106</sup>

Der Verzicht auf eine zentrale Planungsstelle, die das was und wie der Produktion steuern soll, muss aber nicht heißen, dass eine demokratisch legitimierte Regierung überhaupt keine Entscheidungsmacht über die Verausgabung der zusätzlichen finanziellen Mittel haben soll. Denn schließlich ist sie nicht nur durch das kumulierte, dezentral verteilte Wissen der Wähler legitimiert, sondern auch ständig bemüht, den zukünftig kumulierten Willen der Wähler zu antizipieren. Dafür ist die Entscheidungshoheit über öffentliche Investitionen unabdingbar. Eine Nachfragepolitik zur Steigerung des Konsums, die der Synthese von Hayek und Keynes entspricht, könnte daher aus folgenden drei Punkten bestehen:

1. Das Parlament, als der Stellvertreter des dezentralen Wählerwissens, beschließt öffentliche Investitionen zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen und in den Gesundheits- und Bildungssektor. Diese bestehen - neben Baumaßnahmen - insbesondere aus zusätzlichen Löhnen für die neuen Beschäftigten in den beiden Bereichen, welche dann wieder unter Berücksichtigung des dezentralen Wissens und der spontanen Ordnung verausgabt werden.
2. Zu einer hohen Konsumneigung kann der Staat auch betragen, wenn er Lohnabschlüsse fördert, die mindestens dem Produktivitätszuwachs plus Inflationsausgleich entsprechen.
3. In einer akuten konjunkturellen Krise können Konsumchecks privaten Haushalten die finanziellen Mittel geben, um ihren Konsum auszudehnen. Dabei sind Haushalte mit geringem Einkommen – und einer geringen Sparquote - besonders zu berücksichtigen. Ist ein bleibender Effekt erwünscht, können die Transferleistungen für die niedrigsten Einkommensgruppen dauerhaft erhöht werden

Eine staatliche Nachfragepolitik, die aus diesen Elementen besteht, gefährdet weder das Prinzip des dezentralen Wissens noch das Prinzip der spontanen Ordnung (keine direkte staatliche Lenkung der privaten Investitionen).

Da auch in der hayek'schen Theorie von der Existenz von Reservekapazitäten ausgegangen werden kann und daher von der Konstanz der Preise (Mengen als Signale) auch bei Nachfragesteigerungen auszugehen ist (wie sie Weizsäcker in seiner Hayek Interpretation annimmt), würde die oben genannte Nachfragepolitik auch nicht im Gegensatz zu den Kernaussagen der hayek'schen Theorie stehen. Die Nachfragepolitik zielt primär auf den Konsum und der Konsum gibt das Signal an die Unternehmen, in welchem Bereich Investitionen lohnend sind.

Ist das Ziel der Vollbeschäftigung erreicht und damit dem keynes'schen Teil der Synthese Rechnung getragen, wird auch eine staatliche Nachfragesteuerung nicht mehr notwendig sein, da die Vollbeschäftigung dafür sorgt, dass sich die Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zugunsten der Arbeitnehmer verändern, daher von Gewinnen zu Löhnen umverteilt wird und so die Massenkaufkraft bzw. die Konsumneigung stabilisiert wird. Wird diese Politik durch

---

<sup>106</sup> Vgl. dazu die Ausführungen Keynes in im 24. Kapitel seiner Allgemeinen Theorie.

die Zentralbank unterstützt, indem diese das Zinsniveau niedrig hält, werden die Unternehmen auch fortfahren, in Sachkapital zu investieren, da wegen der hohen Konsumnachfrage dort die Rendite höher ist als auf den Finanzmärkten.<sup>107</sup>

Aber in einer realen Welt voller Unsicherheit (Keynes) und sich spontan entwickelnder Märkte ist Vollbeschäftigung, die sich dauerhaft von selbst in einem stabilen Gleichgewicht hält, nicht zu erwarten. Auch Hayek als Nicht-Neoklassiker, ging nicht von der Möglichkeit eines stabilen Vollbeschäftigungsgleichgewichtes aus.

Die Möglichkeit eines neuerlichen Eingreifens der Regierung, um die Gesamtmenge der Produktion, die mit Vollbeschäftigung verbunden ist, zu gewährleisten, muss daher immer gegeben sein.

## 7. Exkurs: Die Finanzierung der neuen Nachfrage

Es mag etwas wohlfeil erscheinen, sechs Kapitel über das wirtschaftstheoretische Für und Wider von Nachfragepolitik zu diskutieren, ohne eine Aussage darüber zu machen, wie diese finanziert werden soll. Daher soll zuletzt ein Vorschlag erörtert werden, der eben diese Finanzierung einer zusätzlichen Nachfrage möglich macht. Ebenso soll gefragt werden, wie sich diese Art der Finanzierung mit den theoretischen Kernen von Keynes und Hayek verbinden lässt.

Wenn der Staat seine Ausgaben finanzieren will, stehen ihm generell die drei klassischen Finanzierungsarten zur Verfügung:

1. Der Staat erhebt Steuern und Abgaben
2. Der Staat verschuldet sich bei privaten Wirtschaftseinheiten
3. Der Staat verschuldet sich bei seiner eigenen Zentralbank

Die Finanzierung der steigenden Ausgaben über eine Erhöhung von Steuern und Abgaben ist problematisch, da sie immer auch einen Nachfragentzug bedeutet. Dieser Nachteil ließe sich nur umgehen, wenn hauptsächlich Steuerzahler mit hoher Sparquote belastet würden und der Staat die zusätzlichen Steuereinnahmen voll verausgabt (Haavelmo Theorem). Dann ergäbe sich im Saldo eine Zunahme der Nachfrage. Da aber gerade die Steuerzahler mit hoher Sparquote zu den besser verdienenden Funktionseliten eines Staates gehören, ist die politische Umsetzung eines solchen Vorhabens meist nicht erfolgreich (bzw. sie wird von eben diesen Funktionseliten erfolgreich verhindert).<sup>108</sup>

Die Verschuldung auf den privaten Finanzmärkten stellt ein Problem dar, weil die meisten Staaten bereits einen sehr hohen Verschuldungsgrad aufweisen und die daraus resultierenden Zins- und Tilgungszahlungen an die privaten Gläubiger schon heute eine problematische Umverteilungssituation schaffen.

Daher soll hier die dritte Möglichkeit der Staatsfinanzierung diskutiert werden, die lange Zeit aufgrund vermuteter Inflationsgefahren vernachlässigt worden war, aber nun unter dem Eindruck der Finanzkrise zu neuen Ehren kam. Hier waren es zunächst die Fed und die Bank of

<sup>107</sup> Dies setzt natürlich voraus, dass die Finanzmärkte deutlich stärker reguliert und in ihren Möglichkeiten der Spekulation eingeschränkt werden, als es derzeit immer noch der Fall ist.

<sup>108</sup> Vgl. Kroll, Matthias; Monetäre Stabilität und Finanzierung von Staatsdefiziten durch Zentralbankkredite bei endogener Geldmenge, Berlin, 2008, S. 14.

England die mittels eines sogenannten „quantitative easing“ zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte durch neues Zentralbankgeld beitrugen. Mittlerweile ist aber auch die EZB an einer - wenigsten indirekten - Zentralbankgeldversorgung der Staaten beteiligt.

Dabei ist zu fragen, ob solch eine Finanzierungsart der oben ausgearbeiteten Synthese von Hayek und Keynes entgegensteht. Die Klärung der Frage wird allerdings dadurch erschwert, dass sich weder Hayek noch Keynes genauer und in konkreten Aussagen zur Form einer Nachfragefinanzierung geäußert haben. Hayek nicht, weil er eine staatliche Nachfragepolitik aus generell ideologischen Gründen ablehnte und Keynes nicht, weil er das „Detail“ der konkreten Finanzierungsform für ein Problem hielt, welches man je nach Situation entscheiden sollte. Dennoch war beiden die Möglichkeit der Nachfragefinanzierung mittels neuen Geldes nicht fremd.<sup>109</sup>

### **7.1. Zentralbankkredite als Finanzierungsmittel für öffentliche Ausgaben**

Die Finanzierungsform mittels neuen Zentralbankgeldes hat - neben noch zu erörternden Risiken - unbestreitbare Vorteile. Die Staatsausgaben können erhöht werden, ohne dass die Einnahmen aus Steuern und Abgaben angehoben werden müssten. Ebenso ist eine weitere Neuverschuldung auf den privaten Finanzmärkten - mit daraus folgenden Zins- und Tilgungslasten - nicht notwendig. Für die aktuelle Situation kommt noch dritter Vorteil hinzu. Wenn die Konjunktur in einer Krise durch neue Nachfrage aus einem Zentralbankkredit gestützt wird, muss die Zentralbank ihre Zinsen weniger stark und weniger lange senken, um die reale Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern zu stimulieren. Somit wird einer Vermögenspreisblase, die durch starke und lang anhaltende Zinssenkungen gefördert werden kann, vorgebeugt.<sup>110</sup>

Bei einer Finanzierung der neuen Nachfrage über Kreditnahme bei der eigenen Zentralbank monetisiert der Staat seine Schuld und verschuldet sich quasi bei sich selbst, da auch die Zentralbank Teil des Staates ist. Da eine Verschuldung bei der eigenen Zentralbank – im Gegensatz zu einer Kreditnahme auf den privaten Finanzmärkten - zins- und tilgungsfrei erfolgen kann, führt sie auch zu einer Verbilligung der Defizitfinanzierung und entschärft das Problem späterer Umverteilung durch Zinszahlungen an die Gläubiger und deren Erben.

Bei der Anzahl der unbestreitbaren Vorteile erscheint es verwunderlich, dass die Verschuldung eines Staates bei der eigenen Zentralbank zuletzt regelrecht tabuisiert war. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in der Tatsache begründet, dass die Risikoabschätzung bisher im Rahmen der neoklassisch/monetaristischen Geldtheorie erfolgt ist. Und im Rahmen dieser Theorie wird die mit dem Einsatz eines Zentralbankkredites verbundene Ausdehnung der Geldbasis tatsächlich zu einer überproportionalen Ausdehnung der (Kredit)Geldmenge führen, welche dann wiederum unvermeidlich zu einer überproportionalen Ausdehnung der realen Nachfrage führt und schließlich alles in einer großen Inflation mündet. Der zwingende Zusammenhang, der hier unterstellt wird, liegt am Konzept des sogenannten Geldmultiplikators, bei dem sich die Höhe der Geldmenge automatisch aus der Höhe der Geldbasis ergibt. Zur Funktionsweise dieser Geldtheorie gehört die Annahme, dass die Zentralbank die Menge der Geldbasis festlegt, aus der sich dann – über den Geldmultiplikator – die gesamte Geldmenge ergibt. Da die Zentralbank die Höhe der Geldbasis bestimmt, ergibt sich konsequenterweise die Situation, dass sich die Höhe des kurzfristigen Geldmarktzinssatzes aus dem

<sup>109</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1974/75); a.a.O., S. 140.

<sup>110</sup> Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass ein so mögliches, leicht höheres Zinsniveau allein ausreichen wird, um eine Vermögenspreisblase zu verhindern. Hierfür wäre eine deutlich stärkere Regulierung bzw. ein Verbot von spekulativ einsetzbaren Finanzinstrumenten (Hebelwirkung) notwendig.



Spiel von Angebot und Nachfrage ergibt. Die Zentralbank bestimmt die (Geld)Menge, der Zins (als Preis fürs Geld) ergibt sich. Diese auch als Theorie der exogenen Geldmenge bekannte Ansicht ist heute noch in fast allen geldtheoretischen Lehrbüchern zu finden.<sup>111</sup>

## 7.2. Zentralbankkredite bei endogener Geldmenge

Um aber die Vorteile und Risiken von durch Zentralbankkredit finanzierten Staatsausgaben gegeneinander abwägen zu können, ist es erforderlich, sich der ökonomischen Theorie zu bedienen, die die reale Welt (auch nach der Finanzkrise) am besten abbildet und erklären kann. Das bedeutet in diesem Fall die Abkehr von der neoklassisch/monetaristisch inspirierten Geldtheorie und die Hinwendung zur Theorie der endogenen Geldmenge, wie sie im Rahmen der postkeynesianischen Theoriediskussion als Konsens betrachtet wird.<sup>112</sup> Hier bestimmt die Zentralbank die Höhe des Refinanzierungszinses und versorgt zu diesem Satz die Banken mit der Menge Zentralbankgeld, welches die Banken für ihre Mengen an Bargeldabfluss und Mindestreservehaltung benötigen. Hat die Zentralbank den kurzfristigen Zinssatz erst einmal festgelegt und will sie diesen am Markt auch durchsetzen, muss sie jede Menge Zentralbankgeld herausgeben, die von den Banken zur Refinanzierung ihrer Finanzmarktgeschäfte gefordert wird. Täte sie dies nicht, käme es am Geldmarkt permanent zu so gravierenden Zinsschwankungen, dass das Ziel der Zentralbank, den kurzfristigen Zinssatz zu definieren, vereitelt würde. Somit ergibt sich sowohl die Höhe der Geldbasis als auch die Höhe der Geldmenge (endogen) aus den Finanzierungsbedürfnissen der Kredit vergebenden Banken und der Kredit nehmenden Unternehmen.<sup>113</sup>

Die Wirkungskette in der postkeynesianischen Sichtweise verläuft demnach genau umgekehrt zu der in der neoklassisch/monetaristisch Geldtheorie unterstellten. Nicht die Höhe der Geldbasis und der Geldmenge bestimmt die Höhe des (nominalen) Einkommens, sondern die Höhe des Einkommens bestimmt die – zur Finanzierung eben dieses Einkommens notwendigen – Geldmenge. Ebenso ergibt sich nun der kurzfristige Zinssatz nicht (wie in der Theorie der exogenen Geldmenge) aus Angebot und Nachfrage, sondern wird von der Zentralbank gesetzt. Dafür wird nun die geschaffene Geldmenge nicht von der Zentralbank definiert, sondern ergibt sich aus den Finanzierungsbedürfnissen der Wirtschaft.

Damit entspricht die Theorie der endogenen Geldmenge sehr viel mehr der realen Welt als die neoklassisch/monetaristische Theorie der exogenen Geldmenge.

Charles Goodhart – einer der wenigen renommierten Ökonomen, der sowohl bei neoklassisch als auch bei keynesianisch orientierten Ökonomen Anerkennung findet – hat in diesem Zusammenhang auf eine merkwürdige Dichotomie zwischen geldpolitischer Praxis und geldtheoretischer Analyse hingewiesen.<sup>114</sup>

Denn dieselben Wirtschaftswissenschaftler und Zentralbankpraktiker, die in ihren wirtschaftspolitischen Prognosen und Analysen - für die reale Welt - ganz selbstverständlich davon ausgehen, dass die Zentralbank den kurzfristigen Zinssatz bestimmt und - um diesen dann am Geldmarkt auch durchzusetzen - die nachgefragte Geldmenge heraus gibt, die Geldmenge

---

<sup>111</sup> Vgl. Boermans, Martijn A.; Moore, Basil J.; Locked-in and Sticky Textbooks: Mainstream Teaching and the Money Supply Process, MPRA Paper, No. 14845, 25. April, 2009

<sup>112</sup> Vgl. Dalziel, Paul; The Keynesian multiplier, liquidity preference, and endogenous money, in: Journal of Post Keynesian Economics, Spring, 1996, Vol. 18, No. 3, S. 311.

<sup>113</sup> Vgl. Moore, Basil J.; Horizontalists and Verticalists, Cambridge, 1988, hier insbesondere S. 82 ff.

<sup>114</sup> Vgl. Goodhart, Charles; The Endogeneity of Money, in: Schefold, Bertram (Hrsg.); Exogenität und Endogenität, Marburg, 2002, S. 251-263

also die endogen bestimmt ist, gehen in ihrem theoretischen Arbeiten weiterhin automatisch vom genau umgekehrten Sachverhalt (also der Exogenität der Geldmenge) aus.

Wenn analysiert werden muss, wie die Geldschöpfungsprozesse in unserem real existierenden zweistufigen Bankensystem mit Geschäftsbanken und einer Zentralbank als Bank der Banken tatsächlich verlaufen, ist es dringend notwendig, die Theorie der endogenen Geldmenge zu Rate zu ziehen und den Prozess der Geldentstehung vom Kopf auf die Füße zu stellen.<sup>115</sup>

In der geldpolitischen Praxis ist dieser Geldentstehungsprozess weitgehend Konsens. Hier wird anerkannt, dass die Zentralbanken die kurzfristigen Zinssätze setzen und zu diesen Sätzen dann Änderungen in der Nachfrage nach Zentralbankgeld akkommodieren. Die Geldnachfrage wird nun von den Kreditwünschen der Wirtschaft bestimmt und die Banken, die diese neuen Kredite herausgeben, refinanzieren sich bei der Zentralbank zum jeweils aktuell gesetzten Zinssatz mit der für das neue Kreditvolumen benötigten (Zentralbank)Geldmenge. Wenn die Zentralbank den kurzfristigen Refinanzierungszinssatz erst einmal festgelegt hat und diesen am Markt durchsetzen will, muss sie jede Geldmenge herausgeben, die von den Banken zur Refinanzierung ihrer Finanzmarktgeschäfte gefordert wird.

Hier lässt sich auch der Bogen zu Hayek spannen, denn die Grunderkenntnis der Theorie der endogenen Geldmenge, dass sich die Geldmenge aus den dezentralen Bedürfnissen der einzelnen Wirtschaftseinheiten ergibt, passt auch zu Hayeks Konzept der spontanen Ordnung und der Idee des dezentralen Wissen. Denn bei der Existenz einer endogen bestimmten Geldmenge wird genau die Geldmenge nachgefragt (und von der Zentralbank herausgegeben), die den spontan auftretenden Kreditbedürfnissen der einzelnen Wirtschaftseinheiten entspricht.

### **7.3. Zentralbankkredite in der praktischen Umsetzung**

Nun gilt es herauszuarbeiten, welche Bedeutung die Endogenität der Geldmenge in der realen Welt für die Finanzierung einer staatlichen Nachfragepolitik mittels Zentralbankkrediten hat. Zunächst nochmal: Verschuldet sich der Staat bei seiner eigenen Zentralbank, bedeutet dies einen Anstieg der Geldbasis. Aus der Endogenität ergibt sich nun der Effekt, dass die Geldbasis - als Folge der staatlichen Verschuldung - wachsen kann, ohne dass es zu einer überproportionalen Zunahme der Geldmenge kommt. Die Geldmenge wächst nur analog zum Einkommen, welches finanziert werden muss und nicht analog zur Geldbasis. Der Geldmultiplikator verliert seine Erklärungskraft.<sup>116</sup> Eine inflationäre Situation, wie sie nach der Theorie der exogenen Geldmenge auftreten müsste, entsteht nicht.

Dass diese Annahme tatsächlich der realen Welt entspricht, hat zuletzt gerade Ben Bernanke, als Chef der Fed, eindrucksvoll demonstriert, indem er die Geldbasis innerhalb weniger Monate mehr als verdoppelte, die unterschiedlichen Geldmengen Aggregate aber nahezu konstant blieben.<sup>117</sup> Hier bewirkt die Endogenität, dass sich die Geldbasis stark erhöhen kann, ohne dass die Geldmenge in gleichem Maße wächst.

Spätestens durch dieses (etwas unfreiwillige) Großexperiment sollte es als belegt angesehen werden können, dass die Geldmenge nicht aus der Höhe der Geldbasis entsteht, sondern aus den Finanzierungswünschen bzw. den Finanzierungsnotwendigkeiten von Banken und Wirtschaft. Damit wäre nicht nur die Endogenität belegt, sondern auch die bisherige Interpretation des Geldmultiplikators ad absurdum geführt. Ebenso sollte auch klar sein, dass eine

---

<sup>115</sup> Vgl. Emunds, Bernhard; Finanzsystem und Konjunktur, Marburg, 2000, S. 138.

<sup>116</sup> Vgl. Kroll, Matthias; a.a.O., S. 74 ff.

<sup>117</sup> Vgl. dazu: Federal Reserve Statistical Release H. 3 und Federal Reserve Statistical Release H. 6

Nachfragepolitik, die mittels eines Zentralbankkredites finanziert wird und zu einer Erhöhung der Geldbasis führt, kein monetärer Grund für einen Inflationsanstieg ist.

Hier muss aber noch auf eine zweite Risikoebene hingewiesen werden. Denn bei einem missbräuchlichen bzw. der ökonomischen Situation nicht angemessenen Einsatz eines Zentralbankkredites kann es zur Finanzierung einer Übernachfrage kommen, die letztlich auch zu einem Anstieg der Inflation führt. Solch einem Missbrauch ist aber leicht vorzubeugen, indem die Höhe des zu Nachfragezwecken einzusetzenden Zentralbankkredites indexiert wird. Die Indexierung sollte dann die größte Höhe des Zentralbankkredites zulassen, wenn sowohl der Sachkapitalstock als auch das Arbeitskräftepotential stark unterbeschäftigt sind. Die zulässige Höhe des Zentralbankkredites sollte dann umgekehrt proportional zur steigenden Auslastung der Produktionsfaktoren sinken und in der Boom Phase gänzlich untersagt sein. In einer Boom Phase wäre das Mittel einer zusätzlichen Nachfragefinanzierung auch nicht mehr notwendig, da nun eine Situation mit gestiegenem Steueraufkommen und sinkenden Ausgabennotwendigkeiten anzunehmen ist.<sup>118</sup>

Eine mittels Zentralbankkredite finanzierte Nachfragepolitik, deren Höhe Indexiert ist, entspräche dann auch wieder den Grundideen von Keynes und Hayek: Bei Rezession und Arbeitslosigkeit ist Nachfragepolitik sinnvoll, im Boom bei Vollbeschäftigung dagegen nicht.

Die Inflationserwartungen, die regelmäßig mit einem Zentralbankkredit verbunden sind, können so entkräftet werden. Weder ist mit einer überproportionalen Zunahme der Geldmenge zu rechnen, noch muss es bei einer Indexierung der Höhe eines Zentralbankkredites zu einer überproportionalen Zunahme der Nachfrage kommen. Es bleibt lediglich der in einer Marktwirtschaft immer vorhandene Zusammenhang, dass Preiserhöhungen von Unternehmen bei hoher Nachfrage und Vollbeschäftigung leichter durchzusetzen sind als bei Rezession und Massenarbeitslosigkeit. Diese Art von Inflation kann aber - unabhängig vom Einsatz eines Zentralbankkredites - nur verhindert werden, wenn auf Vollbeschäftigung dauerhaft verzichtet würde. Und genau dies wäre nicht im Interesse von Keynes. Denn Vollbeschäftigung war genau das, wofür er als Ökonom zeitlebens gekämpft hat. Und auch Hayek hielt schließlich Vollbeschäftigung für „an und für sich“ wünschenswert.<sup>119</sup>

## 8. Schlussbetrachtung

Ziel dieser Arbeit war es nicht, aus Hayek einen verkappten Keynesianer zu machen oder aus Keynes einen heimlichen Neoliberalen (was schon deshalb Unsinn wäre, weil die originäre Wortschöpfung „neoliberal“ erst 1947, ein Jahr nach Keynes Tod, entstand). Das Ziel der Arbeit war es zu zeigen, dass die wesentlichen wirtschaftstheoretischen Aussagen des „Ökonomen“ Hayek mit einer expansiven staatliche Nachfragepolitik in Einklang gebracht werden können, auch wenn der „Ideologe“ Hayek dieses Ergebnis sicher nur ungern akzeptiert hätte.

Ebenso war es Ziel dieser Arbeit herauszuarbeiten, dass Keynes bei seinen Vorstellungen von Nachfragepolitik nicht zwingend von einer dirigistischen staatlichen Investitionslenkung ausging. Diese Vorstellung hat sich eher in der nach keynes'schen Interpretation entwickelt und wurde dann von markoliberaler Seite als Beweis für eine Untauglichkeit jeder staatlichen Nachfragepolitik gewertet.

---

<sup>118</sup> Vgl. Kroll, Matthias; a.a.O., S. 68 ff.

<sup>119</sup> Vgl. Hayek, Friedrich August (1950); a.a.O., S. 91

## Literatur

- Bachmann, Hans; Die angelsächsischen Pläne für die Neuordnung des internationalen Zahlungsverkehrs, Keynes-Plan, White-Plan, St. Gallen, 1943
- Blomert, Reinhard; John Maynard Keynes, Reinbek bei Hamburg, 2007
- Boermans, Martijn A.; Moore, Basil J.; Locked-in and Sticky Textbooks: Mainstream Teaching and the Money Supply Process, MPRA Paper, No. 14845, 25. April, 2009
- Dalziel, Paul; The Keynesian multiplier, liquidity preference, and endogenous money, in: Journal of Post Keynesian Economics, Spring, 1996, Vol. 18, No. 3
- Emunds, Bernhard; Finanzsystem und Konjunktur, Marburg, 2000
- Federal Reserve Statistical Release H. 3 und Federal Reserve Statistical Release H. 6
- Goodhart, Charles; The Endogeneity of Money, in: Schefold, Bertram (Hrsg.); Exogenität und Endogenität, Marburg, 2002
- Hayek, Friedrich August von (1936); Economics and Knowledge, in: The economic Journal; 46, (1936), S. 49-77. (deutsch: Hayek, Friedrich August von; Wirtschaftstheorie und Wissen, in: ders.; Wirtschaftstheorie und Wissen, Tübingen, 2007)
- Hayek, Friedrich August von (1944); Der Weg zur Knechtschaft, Zürich, 1972 (zuerst: The Road to Serfdom, London, 1944)
- Hayek, Friedrich August von (1950); Vollbeschäftigung, Planwirtschaft und Inflation; in: ders.; Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, Tübingen, 2001 (zuerst: Full Employment, Planing and Inflation, in: Institut of Public Affairs Review, Melbourne, 4, 1950).
- Hayek, Friedrich August von (1963); Alte Wahrheiten neue Irrtümer, in: ders.; Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, Tübingen, 2001 (zuerst: Vortrag vor dem Internationalen Sparkassenkongress, Wien, 1963)
- Hayek, Friedrich August von (1967); Die Verfassung eines freien Staates, in: ders.; Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, Tübingen, 2002, (zuerst 1967, Referat vor der Mont Pelerin Society).
- Hayek, Friedrich August von (1969); Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, in: ders.; Freiburger Studien, Tübingen, 1969
- Hayek, Friedrich August von (1969 a); Persönliche Erinnerungen an Keynes, in: ders.; Freiburger Studien, Tübingen, 1969
- Hayek, Friedrich August von (1969 b); Rechtsordnung und Handelsordnung, in: ders.; Freiburger Studien, Tübingen, 1969
- Hayek, Friedrich August von (1973); Wirtschaftsfreiheit und repräsentative Demokratie, in: ders.; Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, Tübingen, 2002 (zuerst: Economic Freedom and Representative Government, Institut of Economic Affairs, Occasional Paper 39, 1973)
- Hayek, Friedrich August von (1974); Die Anmaßung von Wissen, in: ders.; Wirtschaftstheorie und Wissen, Tübingen, 2007 (zuerst als Rede zur Verleihung des Nobelpreises, Stockholm am 11. Dez. 1974)
- Hayek, August Friedrich von (1974/75); Der Feldzug gegen die keynesianische Inflation, in: ders.; Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, Tübingen, 2001 (zuerst 1974/75).

- Hayek, Friedrich August von (1977); Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, Tübingen, 1977
- Hayek, Friedrich August von (1981); Der Strom der Güter und Leistungen, in: ders.; Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, Tübingen, 2001 (zuerst Vortrag vor der London School of Economics, „The Flow of Goods and Services“, am 27.01. 1981)
- Hayek, Friedrich August von (1983); Markt, Plan, Freiheit; Franz Kreuzer im Gespräch mit Friedrich August von Hayek und Ralf Dahrendorf Wien, 1983, S. 14, zitiert in: Nordmann, Jürgen; Der lange Weg zum Neoliberalismus, Hamburg , 2005, S. 62 f.
- Hennecke, Hans Jörg; Friedrich August von Hayek, Düsseldorf, 2000
- Keynes, John Maynard (1919); Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, München/Leipzig, 1921 (zuerst 1919)
- Keynes, John Maynard (1925); Die wirtschaftlichen Folgen von Mr. Churchill, Tübingen, 1925
- Keynes, John Maynard (1925); Bin ich ein Liberaler?, in; ders.; Politik und Wirtschaft, Tübingen, 1956, S. 246 ff. (zuerst 1925)
- Keynes, John Maynard (1926); Das Ende des Laissez – Faire, in: Mattfeldt, Harald; Keynes Kommentierte Werkauswahl, Hamburg, 1985 (zuerst 1926)
- Keynes, John Maynard (1932); Vom Gelde, München, 1932 (engl. A Treatise on Money, London, 1930)
- Keynes, John Maynard (1932); Über staatliche Wirtschaftsplanung, in: Keynes, John Maynard, On air, Hamburg, 2008, S. 99 ff. (Ausstrahlung der Sendung durch die BBC am 14. März 1932)
- Keynes, John Maynard (1933); Wege zur Wiedererlangung der Prosperität, in: Mattfeldt, Harald; Keynes – kommentierte Werkauswahl, Hamburg, 1985, S. 145 ff. (zuerst: The Means to prosperity, London, 1933)
- Keynes, John Maynard (1936); Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (AT), Berlin (hier: 7. Aufl. 1994)
- Keynes, John Maynard (1936); The General Theory of Employment Interest and Money (GT), London, (hier: London, 1964)
- Keynes, John Maynard (1937); The General Theory of Employment, in: Quarterly Journal of economics, Vol. 51, S. 209-233. Wiederabgedruckt in: Collected Writings, Vol. XIV, Part II, S. 109-123. London, 1973
- Keynes, John Maynard (1940); How to pay for the war, in: Collected Writings, Volume XXII, London, 1978
- Keynes, John Maynard (1943); Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung; in: Reuter, Norbert; Wachstumseuphorie und Verteilungsgerechtigkeit, Marburg, 1998, S. 142 (zuerst, 1943)
- Kroll, Matthias; Monetäre Stabilität und die Finanzierung von Staatsdefiziten durch Zentralbankkredite bei endogener Geldmenge, Berlin, 2008
- Mattfeldt, Harald; Keynes Kommentierte Werkauswahl, Hamburg, 1985
- Minsky, Hyman P.; John Maynard Keynes; Marburg, 1990 (zuerst 1975)

- Mises, Ludwig von; Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena, 1922
- Moggridge, Donald E.; Keynes, London, 1976
- Moggridge, Donald E.; John Maynard Keynes, München, 1977,
- Moore, Basil J.; Horizontalists and Verticalists, Cambridge, 1988
- Nordmann, Jürgen; Der lange Marsch zum Neoliberalismus, Hamburg, 2005
- Skidelsky, Robert; Die Rückkehr des Meisters, Keynes für das 21. Jahrhundert, München, 2010, S. 96 f. (englisches Original: Keynes: The return of the master, London, 2009)
- Weizsäcker; Carl, Christian.; Hayek und Keynes: Eine Synthese, in: ORDO, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, 05/4, 2005